

Frick, Andres; Lampart, Daniel

Working Paper

Entwicklungen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 1980

KOF Working Papers, No. 158

Provided in Cooperation with:

KOF Swiss Economic Institute, ETH Zurich

Suggested Citation: Frick, Andres; Lampart, Daniel (2007) : Entwicklungen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 1980, KOF Working Papers, No. 158, ETH Zurich, KOF Swiss Economic Institute, Zurich,
<https://doi.org/10.3929/ethz-a-005381921>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50425>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

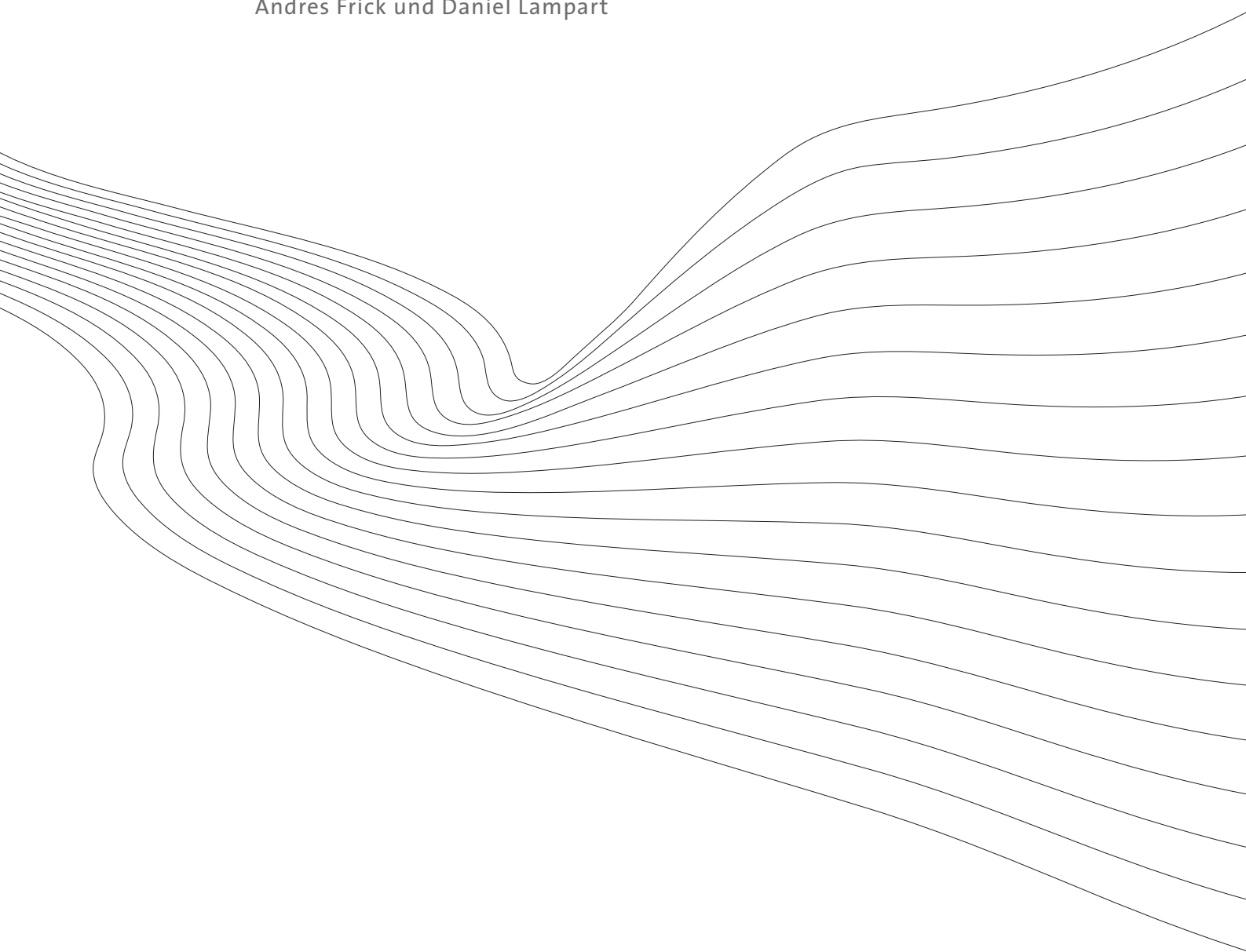
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KOF Working Papers

Entwicklung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 1980

Andres Frick und Daniel Lampart



KOF

ETH Zurich
KOF Swiss Economic Institute
WEH D 4
Weinbergstrasse 35
8092 Zurich
Switzerland

Phone +41 44 632 42 39
Fax +41 44 632 12 18
www.kof.ethz.ch
kof@kof.ethz.ch

Entwicklungen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt seit 1980

Andres Frick^a

Daniel Lampart^b

Abstract

The increase in unemployment to relatively high levels for Switzerland in the 1990s gave rise to two fears: First, that economic growth no longer has any effect on employment («jobless growth»), and second, that the «equilibrium» rate of unemployment, i.e. the rate of employment that prevails even in favourable economic conditions, is on an increasing trend. This paper gives an overview of developments on the Swiss labour market since 1980 in order to shed some light on these mentioned anxieties. As far as the relationship between the growth of GDP and employment is concerned, the conclusion is, that it remains fairly strong. However, labour productivity seems to be increasing more rapidly since the beginning of the 1990s, so that the growth of real GDP must be more than 1.8% to bring about an increase in employment. Quantitative estimates of the «equilibrium» rate of unemployment exhibit a large spread and tend to follow actual rates. Our judgement is, that its increase over time is not very pronounced, and the present value lies in the range of 1.5% to 2%. There does exist a segment of the labour force with specific risks (low education, foreign origin, female) to become and stay unemployed.

Stichworte: Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Schweiz

JEL classifications: J200, J640

Danksagung: Wir danken dem «Netzwerk Arbeitsmarkt» (www.netzwerkarbeitsmarkt.ch) für die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit.

Publikationshinweis: Eine gekürzte Fassung dieser Studie erschien in: Netzwerk Arbeitsmarkt (Hrsg.)(2007): Arbeitsmarkt 2010 – Chance für Alle?, Rüegger, Zürich/Chur.

^aKOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich, CH-8092 Zürich. andres.frick@kof.ethz.ch

^bBis 31. März 2006: KOF Konjunkturforschungsstelle, ETH Zürich.

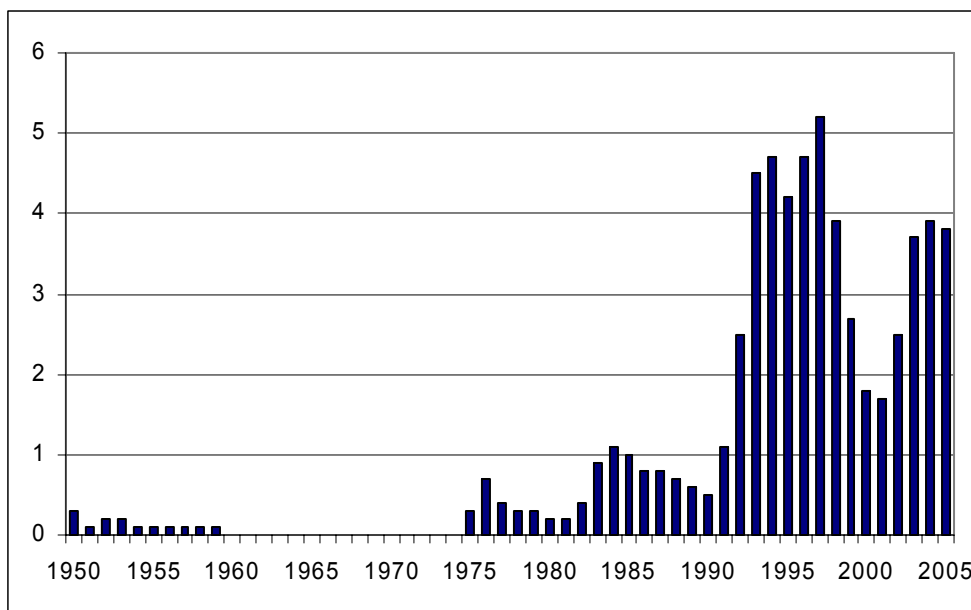
Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Fragestellung.....	1
2.	Entwicklung der Beschäftigung seit 1980	4
3.	Zusammenhang zwischen BIP und Beschäftigung.....	5
4.	Arbeitsangebot.....	10
5.	Sichtbare und «versteckte» Arbeitslosigkeit	16
6.	Hat die «Sockelarbeitslosigkeit» zugenommen?	23
7.	Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt.....	28
8.	Strukturelle Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit	32
9.	Zusammenfassende Interpretation	38
10.	Anhang 1: Erläuterungen zu den Daten.....	41
11.	Anhang 2: Ökonometrische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen BIP und Beschäftigung	43
12.	Literatur.....	45
13.	Abkürzungen.....	47

1. Einleitung und Fragestellung

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts galt die Schweiz lange als einsame Insel der Vollbeschäftigung.¹ Selbst in der schweren Rezession Mitte der 1970er Jahre, in der die Beschäftigung um rund 8% abnahm, blieb die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote unter der 1%-Marke (Grafik 1). Noch in den 1980er Jahren war sie nie höher als 1.1%, und im Jahr 1990 lag sie bei lediglich 0.5%. Dies änderte sich in der Rezession der 1990er Jahre. Bis zum Jahr 1997 stieg die Arbeitslosenquote auf den historischen Höchstwert von 4.8%. Zudem sank sie im nachfolgenden Konjunkturaufschwung nicht unter 1.7% im Jahr 2001.

Grafik 1: Arbeitslosenquote (in %)



Quelle: Seco

Unmittelbarer Hauptgrund für diesen Anstieg war die schwache Beschäftigungsentwicklung nach 1990. Im Zuge der lang anhaltenden konjunkturellen Schwächephase nahm die Zahl der Arbeitsplätze bis 1997 deutlich ab, und auch die anschliessende konjunkturelle Erholung

¹ Dass die Arbeitslosenquote zwischen 1950 und 1974 praktisch bei null lag, dürfte auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein:

- Das reale Wirtschaftswachstum war mit durchschnittlich 4.3% pro Jahr kräftig und fiel nur in einem einzigen Jahr (1958) leicht negativ aus.
- Ermöglicht wurde dieses Wachstum durch eine hohe Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Diese übten die Rolle eines «Konjunkturpuffers» aus, u.a. aufgrund des Inländervorrangs bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen. Dies wirkte sich vorteilhaft auf die Beschäftigungschancen der Schweizer Erwerbstätigen aus. Der inländische Arbeitsmarkt war in jener Phase grösstenteils ausgetrocknet.
- Die Arbeitslosenversicherung wurde erst 1977 obligatorisch erklärt. Vor der Rezession Mitte der 1970er Jahre war nur ein geringer Anteil der Beschäftigten freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichert, und die öffentlichen Arbeitsämter übten eine vernachlässigbare Rolle bei der Stellenvermittlung aus. Es hätte deshalb für die meisten Erwerbspersonen auch kein Anreiz bestanden, sich im Falle von Arbeitslosigkeit bei einem Arbeitsamt registrieren zu lassen.

vermochte diesen Rückgang nicht vollständig zu kompensieren (Grafik 2). Gleichzeitig nahm die erwerbsfähige Bevölkerung weiter zu, was den Druck auf den Arbeitsmarkt verstärkte.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass das Minimum der Arbeitslosigkeit im Höhepunkt des Konjunkturzyklus von Mal zu Mal einen immer höheren Wert annahm, wurden in der öffentlichen Diskussion zwei Befürchtungen geäußert:

- Zum einen wird vermutet, dass sich das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung entkoppelt haben, die Unterbeschäftigung also trotz Wirtschaftswachstum nicht beseitigt werden könne (sog. «jobloses Wachstum»).
- Zum andern wurde die Gefahr eines steigenden Sockels an Arbeitslosigkeit gesehen, der auch in Zeiten guter Arbeitsmarktlage bestehen bleibt, weil es eine zunehmende Zahl von Personen gibt, die nicht (mehr) in den Arbeitsmarkt integrierbar sind.

Begründet werden diese Befürchtungen u.a. mit dem Vormarsch der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft. Der Rationalisierungseffekt der neuen Technologien würde den Bedarf an Arbeitskräften generell verringern. Zudem würden die verbleibenden Arbeitsplätze steigende Qualifikationsanforderungen stellen, während solche mit geringen Anforderungen in Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlagert würden.

Die Probleme aufgrund von Entwicklungen auf Seiten der Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften können dadurch noch verschärft werden, dass einmal arbeitslos gewordenen Personen ein sukzessiver Qualifikationsverlust droht, je länger ihre Arbeitslosigkeit andauert (sog. negative Dauerabhängigkeit der Arbeitslosigkeit). Es besteht somit das Risiko, dass gewisse Arbeitnehmerkategorien völlig aus dem Arbeitsmarkt herausfallen.

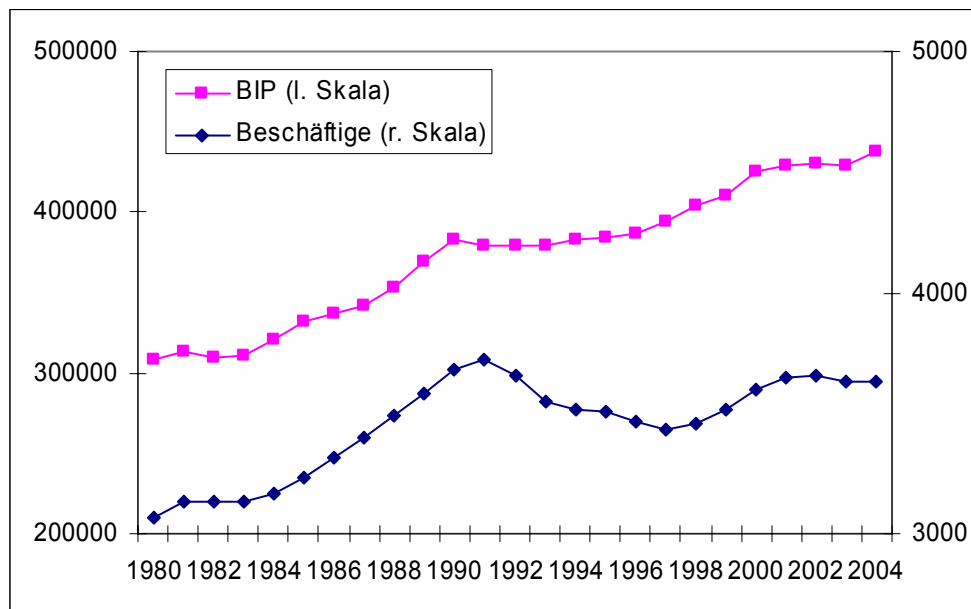
Im Folgenden soll die Berechtigung der angeführten Befürchtungen anhand der Darstellung einiger Aspekte der Entwicklung des schweizerischen Arbeitsmarkts in den letzten Jahren beurteilt werden. Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen Darstellung der Entwicklung der Beschäftigung seit 1980 (Abschnitt 2) wird der Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem BIP und der Beschäftigung nachgegangen (Abschnitt 3). In Abschnitt 4 wird die Entwicklung der Zahl der Personen, die eine Beschäftigung suchen («Arbeitsangebot») betrachtet. In Abschnitt 5 geht es um die Frage, wie sich die Lücke zwischen Beschäftigung und Arbeitsangebot in sichtbarer und versteckter Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat. Abschnitt 6 widmet sich der Frage der Sockelarbeitslosigkeit. Dann werden der strukturelle Wandel auf dem Arbeitsmarkt (Abschnitt 7) und anschliessend die

Struktur der Arbeitslosigkeit (Abschnitt 8) betrachtet. Abschnitt 9 enthält zusammenfassende Interpretationen.

2. Entwicklung der Beschäftigung seit 1980

Bis zum Jahr 1980 hatte sich die Beschäftigung vom massiven Einbruch zwischen 1974 und 1976 weitgehend erholt. Zwischen 1981 und 1983 kam es zu einer leichten konjunkturellen Abschwächung (Grafik 2). Die Beschäftigung (gemäss Beschäftigungsstatistik BESTA)² nahm allerdings nicht ab, sondern blieb in etwa konstant. 1984 setzte wieder ein deutliches Wirtschaftswachstum ein, in dessen Folge die Beschäftigung bis 1991 um insgesamt 19% (bzw. 2.2% pro Jahr) zunahm. Anfang der 1990er Jahre ging diese dynamische Entwicklung zu Ende. Die Wirtschaft geriet in eine längere Stagnationsphase, so dass das BIP noch 1997 kaum über dem 1990 erreichten Niveau lag. Gleichzeitig ging die Beschäftigung von 1991 bis 1997 um 7.8% zurück. Erst ab 1997 setzte wieder eine wirtschaftliche Erholung ein. Bis zum Jahr 2001 nahm die Beschäftigung um 6.4% zu; das frühere Niveau wurde aber nicht wieder erreicht. Zwischen 2001 und 2003 stagnierte das Wirtschaftswachstum erneut. Das Gleiche trifft für die Beschäftigung zu. Seit 2004 befindet sich die Schweizer Wirtschaft wieder im Aufwind.

Grafik 2: BIP und Beschäftigung
(BIP zu konstanten Preisen in Mio. Fr.; Beschäftigte in 1000)



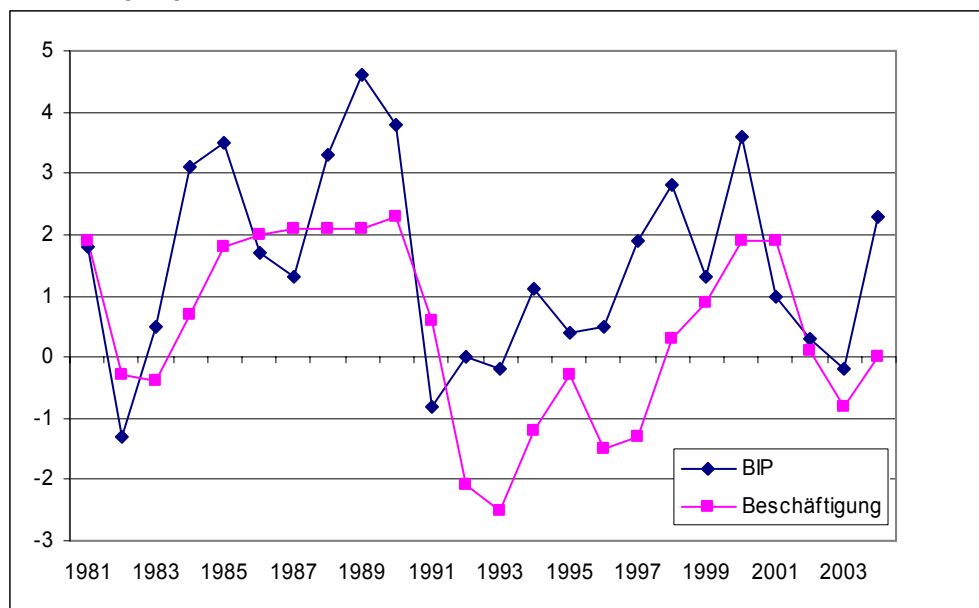
Quelle: BFS (VGR, BESTA)

² In der schweizerischen Statistik gibt es zwei Datenquellen zur laufenden Entwicklung der Beschäftigung: Die Beschäftigungsstatistik (BESTA) und die Erwerbstätigenstatistik (ETS). Die beiden Statistiken weisen teilweise erhebliche Unterschiede auf. Im Folgenden wird in erster Linie auf die BESTA abgestellt. Eine Erläuterung der Unterschiede zwischen den beiden Datenquellen findet sich im Anhang 1.

3. Zusammenhang zwischen BIP und Beschäftigung

Stellt man dem BIP-Wachstum die Veränderung der Beschäftigung³ gegenüber (Grafik 3), zeigt sich bereits grafisch, dass zwischen diesen beiden Grössen über die Jahre 1980 bis 2004 ein Zusammenhang bestanden hat.⁴

Grafik 3: BIP- vs. Beschäftigungswachstum
(Vorjahresveränderungen in %: BIP zu konstanten Preisen, vollzeitäquivalente Beschäftigung)



Quelle: BFS (VGR, BESTA)

Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch auch, dass die Relation zwischen BIP und (vollzeit-äquivalenter) Beschäftigung, also die Arbeitsproduktivität, über die Zeit von 1980 bis 2004 nicht kontinuierlich verlief.⁵ Zum einen lassen sich deutliche Schwankungen von Jahr zu Jahr ausmachen (Grafik 4); auf Phasen mit Zuwachsraten von über 2% folgten Jahre mit einer rückläufigen Arbeitsproduktivität. Zum andern treten auch Bewegungen auf, die sich über

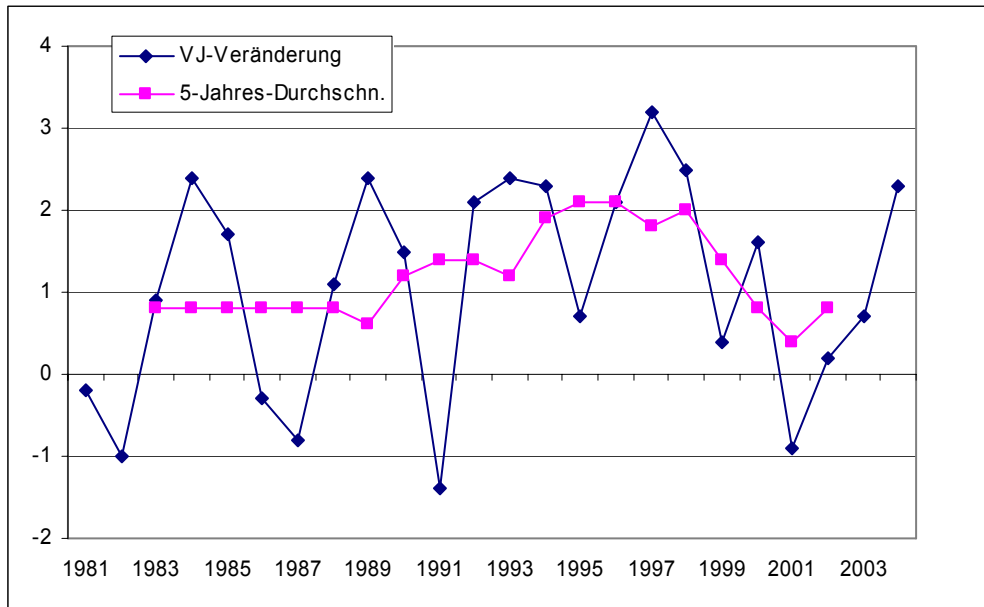
³ Die Relation von Beschäftigung und BIP wird auch durch die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit beeinflusst. Dabei spielt neben der wöchentlichen Normalarbeitszeit namentlich das Ausmass der Teilzeitarbeit eine Rolle. Diese hat im Laufe der betrachteten Periode spürbar zugenommen. Deshalb wird an dieser Stelle eine Bereinigung vorgenommen, indem die geleisteten Arbeitsstunden auf Vollzeitstellen umgerechnet werden (sog. Vollzeitäquivalente VZÄ).

⁴ Die Stärke des Zusammenhangs zwischen den beiden Grössen beträgt gemessen am Korrelationskoeffizienten 0.64.

⁵ Um die Messung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität in der Schweiz entstanden in den vergangenen Jahren verschiedene Kontroversen (s. Abrahamsen et al. 2005). Namentlich die zu verwendende Reihe für die Beschäftigung bzw. den Arbeitseinsatz war strittig. Das Bundesamt für Statistik (BFS) ist gegenwärtig daran, eine den Einwänden Rechnung tragende Reihe zu berechnen. Bei der Erstellung dieser Untersuchung lag die entsprechende Reihe noch nicht vor. Aufgrund von Vorankündigungen des BFS lässt sich vermuten, dass die Ergebnisse der

mehrere Jahre erstrecken, wie sich anhand des gleitenden Fünfjahres-Durchschnitts ersehen lässt.

Grafik 4: Arbeitsproduktivität (Vorjahresveränderungen in %)



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

Die kurzfristigen Schwankungen lassen sich teilweise mit «Arbeitskräftehorten» erklären. In der Vergangenheit war es üblich, dass die Arbeitsproduktivität in einer Rezession eine zyklische Abnahme erfuhr, da die Unternehmen bei Absatzproblemen oft zuwarteten bis sie ihren Personalbestand dem tieferen Produktionsniveau anpassten – zumindest so lange, bis sie sicher waren, dass der Rückgang ein dauerhafter ist. Und selbst dann versuchten sie, zumindest die qualifizierten Arbeitskräfte durchzuhalten, u.a. weil diese über betriebs-spezifisches Wissen verfügen, das den Unternehmen bei einer Entlassung verloren ginge. Mit dem Durchhalten von Arbeitskräften konnten somit im folgenden Aufschwung Kosten bei der Suche und Einarbeitung von Personal vermieden werden.

Die Bereitschaft zum Horten von Arbeitskräften scheint aber seit 1990 sukzessive abgenommen zu haben. Die Tatsache, dass das Ausmass der Kurzarbeit von Rezession zu Rezession kleiner geworden ist, könnte dafür ein Indiz sein; allerdings kommt eine Studie der KOF zum Ergebnis, dass die Kurzarbeit kaum einen beschäftigungsstabilisierenden Einfluss hatte, womit sie als Indikator für das Horten schlecht geeignet scheint (Frick/Wirz 2006).

Untersuchung durch die Verwendung der neuen Beschäftigungsreihe nicht wesentlich anders ausfallen dürften.

Eine geringere Neigung Arbeitskräfte zu horten, könnte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein (s. dazu auch Flückiger 2000):

- Im Zuge eines beschleunigten Strukturwandels und einer zunehmenden Flexibilität der Beschäftigungsverhältnisse scheint der ökonomische Nutzen des Durchhaltens von Arbeitskräften – auch von qualifizierten – in Rezessionszeiten an Bedeutung verloren zu haben. In einer Umstrukturierungsphase müssen die Tätigkeiten der Belegschaften ohnehin neu definiert werden. Damit dürfte auch die Tendenz einer rascheren Entwertung des vorhandenen allgemeinen und betriebsspezifischen Humankapitals bestehen, was sich dämpfend auf die Hortensneigung auswirkt.
- Nicht ausgeschlossen werden kann zudem, dass sich bezüglich der Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit seit Beginn der 1990er Jahre ein gewisser Gewöhnungseffekt eingestellt hat, so dass die Firmen in geringerem Ausmass einen Imageverlust riskieren, wenn sie Personal entlassen.

Wird die Relation zwischen der Entwicklung des realen BIP und der Beschäftigung in den drei Rezessionsphasen verglichen, zeigt sich, dass die Beschäftigung in den 1990er Jahren stärker auf die konjunkturelle Abschwächung reagierte als noch zu Beginn der 1980er Jahre (Tabelle 1; der Wert für die Arbeitsproduktivität in der letzten Kolonne zeigt an, um wie viel die Veränderung der Beschäftigung niedriger war als die des BIP). In der Rezession von 2002/03 fiel die Beschäftigungsveränderung im Vergleich zum BIP dann wieder weniger deutlich aus, aber immer noch stärker als in der Rezession von 1982/83.

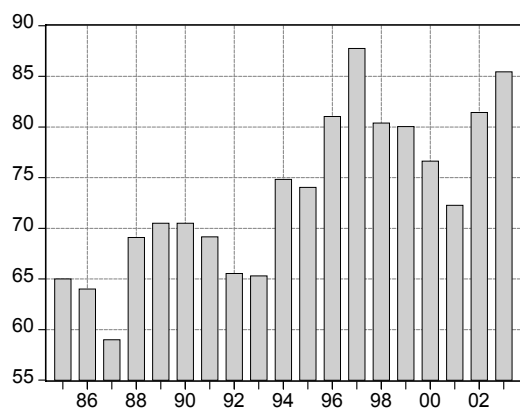
Tabelle 1: BIP und Beschäftigung (kumulierte Veränderungen in %)

	BIP real	Beschäftigung	Arbeitsproduktivität
Rezessionsphase			
1982/83	-0.8	0.0	-0.8
1991–93	-1.0	-3.4	2.5
1991–96	0.9	-5.7	7.1
2002/03	0.0	0.0	0.0

Neben dem Horten ist die Veränderung der ausgewiesenen Arbeitsproduktivität vor allem durch den technischen Fortschritt, d.h. der Einführung rationellerer Produktionsverfahren und/oder höherwertigerer Produkte, bestimmt. Wie Grafik 4 anhand des gleitenden Fünfjahres-Durchschnitts zeigt, scheint sich dieser in den 1990er Jahren beschleunigt zu haben. Seit 2000 ist die Arbeitsproduktivität wieder auf einen niedrigeren Pfad eingeschwenkt, wobei das Bild möglicherweise durch die konjunkturbedingt schwache Entwicklung in den Jahren 2001 und 2002 verzerrt wird.

Der verstärkte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität über die 1990er Jahre ist noch nicht abschliessend erforscht. Eine wesentliche Ursache dafür dürften jedoch verstärkte Rationalisierungsinvestitionen sein. Im Rahmen der Investitionsumfrage der KOF beispielsweise ist ab 1994 der Anteil der befragten Industrieunternehmen, die überwiegend aus Rationalisierungszwecken investieren, deutlich angestiegen (s. Grafik 5).⁶ Als eine Triebkraft dieser Rationalisierungsinvestitionen wurde die Verschiebung der Preise der Produktionsfaktoren zugunsten von Sachkapital bzw. zuungunsten der Arbeit identifiziert (Stalder 1997, Lampart 2006). Je höher die Löhne relativ zu den Investitionsgüterpreisen (Deflator der Ausrüstungsinvestitionen), umso stärker steigt die Arbeitsproduktivität. Die Preise für Ausrüstungsinvestitionen sind aber zwischen 1994 und 1999 deutlich gesunken⁷, während die Löhne, als Preis für den Einsatz von Arbeit, weiter angestiegen sind. Für die Unternehmen hat sich dadurch der Anreiz, bei der Beschaffung neuer Anlagen in eine Technologie zu investieren, die weniger arbeitsintensiv ist, verstärkt.

Grafik 5: Anteil der Firmen mit bedeutenden Rationalisierungsvorhaben (in %, gemäss Investitionsumfrage der KOF in der Industrie)



In einer ökonometrischen Untersuchung wurde auf formale Weise überprüft, inwiefern die eingangs erwähnte Befürchtung einer Entkoppelung zwischen BIP und Beschäftigung («jobloses» Wachstum) für die letzten rund zwanzig Jahre zutrifft (für detaillierte Angaben s. Anhang 2). Dabei wird zunächst untersucht, ob die Hypothese, dass zwischen der Beschäftigungs- und der BIP-Entwicklung kein Zusammenhang besteht, verworfen werden kann. Ist dies der Fall, so soll in einem zweiten Schritt abgeklärt werden, ob sich dieser Zusammenhang im Zeitverlauf geändert hat, namentlich, ob das BIP-Wachstum, welches für

⁶ Die anderen erfragten Investitionsmotive sind im Wesentlichen Ersatz bzw. Erweiterungen. Da Mehrfachnennungen möglich sind, kann die Summe der Prozentanteile höher als 100% sein.

⁷ Ursachen sind technologischen Innovationen, namentlich bei Anlagen der Informations- und Telekommunikationstechnologie, die Einführung der Mehrwertsteuer auf den 1. Januar 1995, aber auch

eine Zunahme der Beschäftigung erforderlich ist (Beschäftigungsschwelle), zu- oder abgenommen hat.

Eine erste Schätzung erfolgte über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1980 bis 2004. Dabei zeigte sich, wie bereits in Grafik 4 sichtbar wurde, nämlich, dass der Zusammenhang zwischen dem BIP- und dem Beschäftigungswachstum nicht stabil ist. In den 1990er Jahren war das Wachstum der Arbeitsproduktivität tendenziell höher als in den 1980er Jahren, was bedeutet, dass das BIP-Wachstum, welches erforderlich ist, damit die Beschäftigung zunimmt, grösser sein muss als in der Dekade zuvor.

Wird die Untersuchung auf den Zeitraum von 1990 bis 1999 beschränkt, führt die Schätzung zu stabilen Ergebnissen. Die Hypothese des «joblosen Wachstums» kann verworfen werden. Die Beschäftigungsschwelle beträgt 1.8%, d. h. über den Zeitraum von 1990 bis 1999 war tendenziell ein BIP-Wachstum in mindestens dieser Grössenordnung erforderlich, damit die Beschäftigung, gemessen in Vollzeitäquivalenten, zunehmen konnte.

Was den Trend der Arbeitsproduktivität ab 2000 betrifft, ist die Situation gegenwärtig noch unklar. Wie aus Grafik 4 ersichtlich, scheint sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität wieder verringert zu haben. Allerdings könnte diese Verlangsamung durch die Konjunkturschwäche in den Jahren 2001–2003 beeinflusst worden sein. Sollte sich die Rationalisierungsaktivität auf hohem Niveau fortsetzen, könnte die trendmässige Zunahme der Arbeitsproduktivität – und somit die Beschäftigungsschwelle – im laufenden Konjunkturaufschwung wieder auf einen ähnlich hohen Wert steigen wie in den 1990er Jahren.

die Aufwertung des Frankens insbesondere gegenüber dem Dollar 1994/95, wodurch sich importierte Ausrüstungsgüter verbilligt haben.

4. Arbeitsangebot

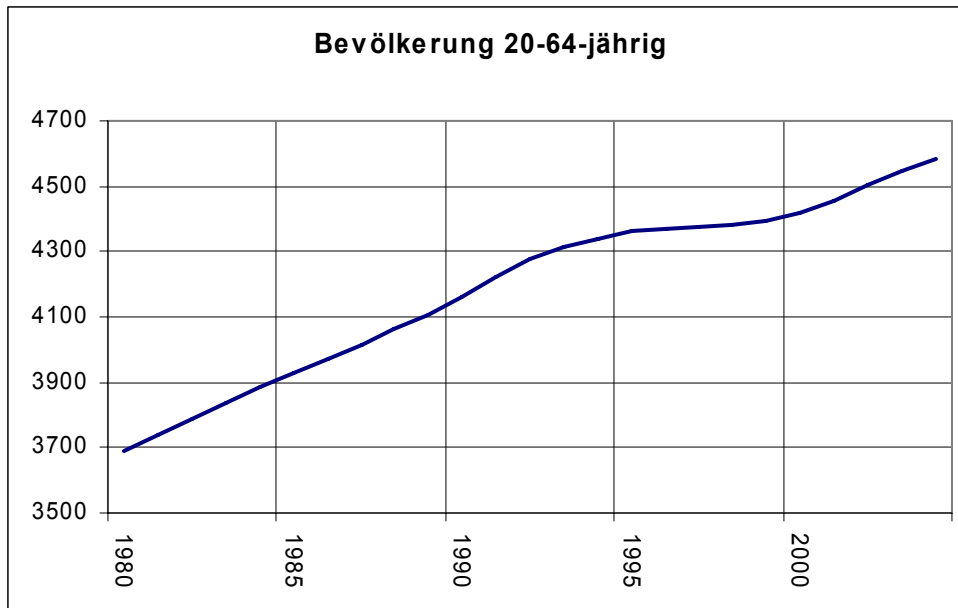
Inwiefern sich Beschäftigungsveränderungen in Veränderungen der Arbeitslosigkeit niederschlagen, hängt auch vom Arbeitsangebot ab, also von der Zahl der Personen, die eine Erwerbsarbeit anstreben. Die Zahl der Arbeitsanbieter ist ihrerseits durch drei Faktoren bestimmt:

- Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier definiert als die Altersgruppe von 20–64 Jahren);
- Die Erwerbsbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppe, also der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter, die tatsächlich arbeiten wollen;
- Die Veränderung des Bestandes der nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählenden ausländischen Arbeitskräfte (Grenzgänger und Saisoniers bzw. Kurzaufenthalter) .

Eine Zunahme (Abnahme) jeder dieser drei Faktoren vergrössert (verkleinert) das Arbeitsangebot und bewirkt somit bei gegebener Beschäftigung eine Zunahme (Abnahme) der Arbeitslosigkeit.

Die Bevölkerung im Alter von 20–64 Jahren nahm während der ganzen 1980er Jahre kontinuierlich zu, mit einer Rate von durchschnittlich 1.2% pro Jahr (Grafik 6). Anfang der 1990er Jahre beschleunigte sich der Anstieg vorerst noch; dies dürfte aber vor allem auf den Krieg in Ex-Jugoslawien zurückzuführen sein, der die Zuwanderung vorübergehend anschwellen liess. Von 1993 bis 1997 verlangsamte sich das Wachstum dann sukzessive bis auf null. Dann setzte bis 2002 wieder eine Beschleunigung ein, die seither nur wenig nachgelassen hat.

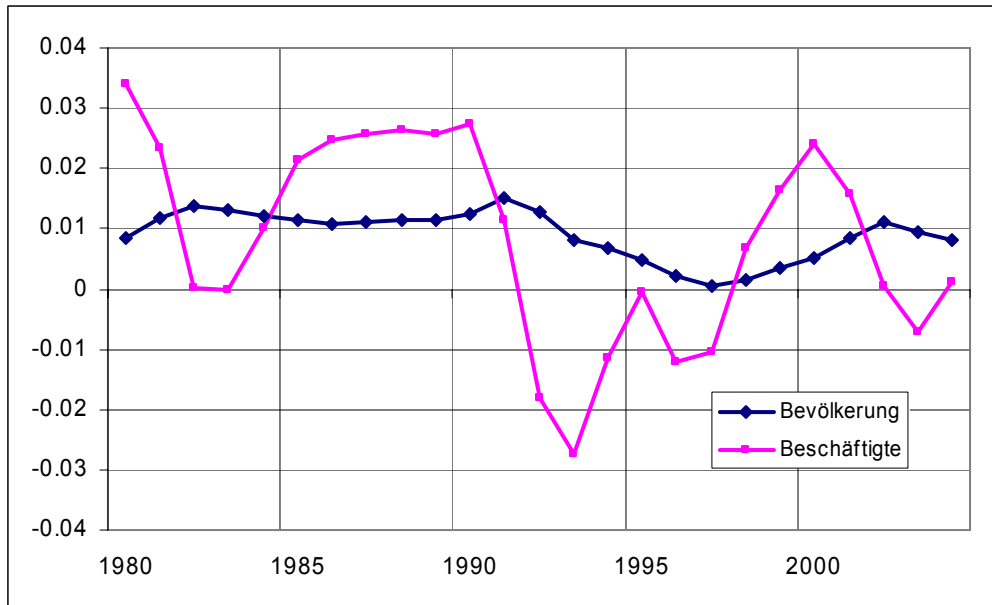
Grafik 6: Bevölkerung im Alter von 20–64 Jahren



Quelle: BFS

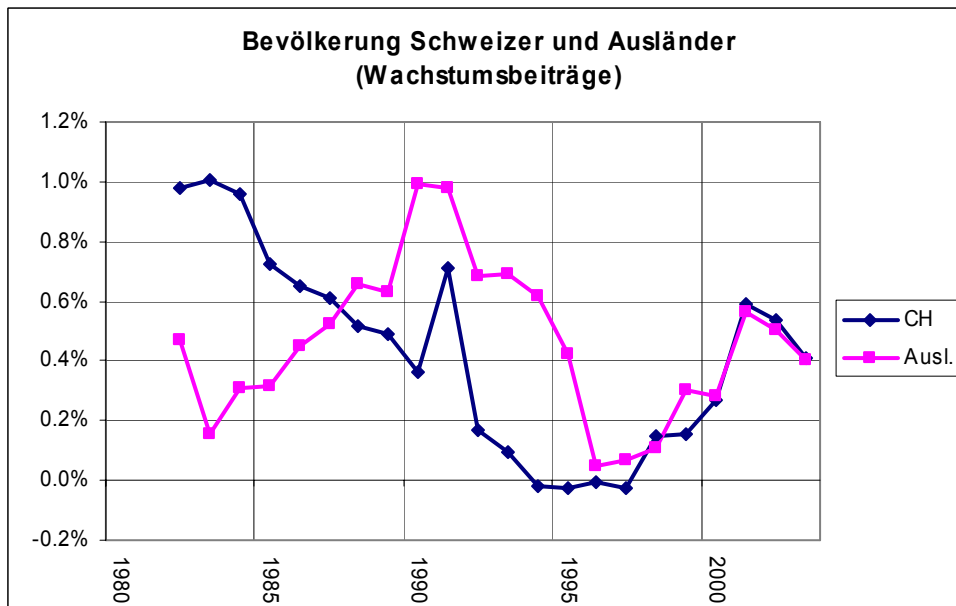
Wird die Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Veränderung der Beschäftigung gegenübergestellt, zeigt sich, dass die Bevölkerung mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf die Beschäftigung reagiert (Grafik 7). Die zyklische Variation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht vor allem auf die Ausländer zurück. Ein Vergleich der jeweiligen Beiträge von Schweizern und Ausländern zum Wachstum der Gesamtbevölkerung zeigt, dass der Beitrag der Schweizer seit Anfang der 1980er Jahre kontinuierlich abnahm und erst gegen Ende der 1990er Jahre wieder eine Erhöhung erfuhr (Grafik 8). Demgegenüber nahm der Beitrag der Ausländer bis 1991 deutlich zu, reduzierte sich im Laufe der wirtschaftlichen Stagnation bis 1996 praktisch auf null, nahm im Aufschwung bis 2001 wieder zu und verringerte sich danach wieder. Dabei dürfte der Beitrag der Ausländer infolge von Einbürgerungen – vor allem zu Beginn der laufenden Dekade – eher noch zu niedrig, derjenige der Schweizer zu hoch ausgewiesen sein.

Grafik 7: Bevölkerung im Alter von 20–64 Jahren und Beschäftigte
(Vorjahresveränderungen in %)



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

Grafik 8: Wachstumsbeiträge der Schweizer und der ausländischen Bevölkerung
(20–64-Jährige)

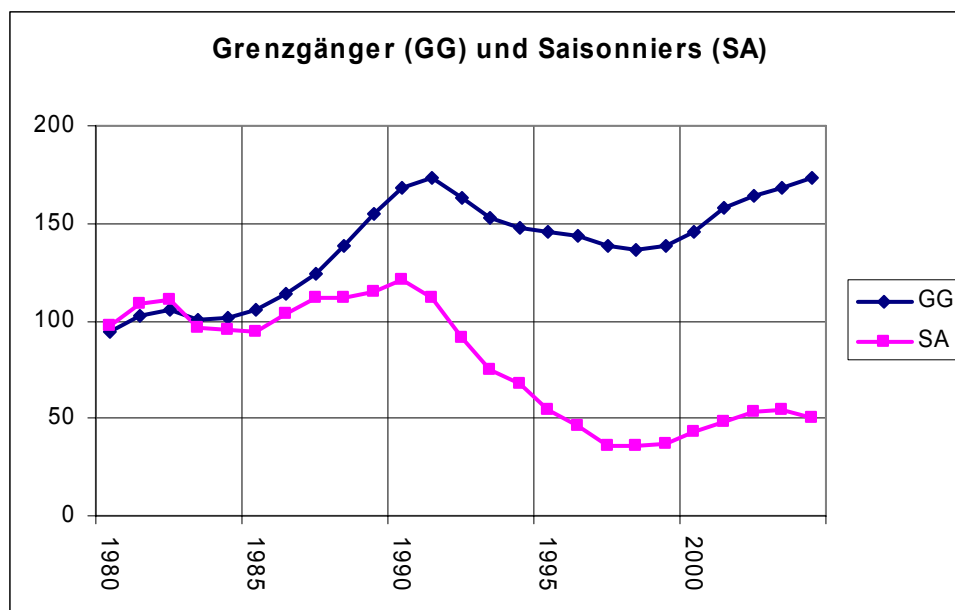


Quelle: BFS, eigene Berechnungen

Ein zyklisches Muster weist auch die Entwicklung der nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählenden ausländischen Arbeitskräfte (Grenzgänger, Saisoniers) auf (Grafik 9). Deren Zahl nahm zwischen 1983 und 1991 um rund 90 000 zu, was allerdings nur einen kleinen Teil des gesamten Zuwachses von 585 000 Beschäftigten ausmachte. Von 1991 bis 1997

ergab sich ein Rückgang um 110 000, was gegenüber dem Beschäftigungsrückgang von 290 000 deutlicher ins Gewicht fiel. Seither ist die Zahl der nichtständigen ausländischen Arbeitskräfte (namentlich der Grenzgänger) kontinuierlich angestiegen, auch während des Rückgangs der Beschäftigung nach 2001. Nicht weiter berücksichtigt sind in dieser Betrachtung die maximal 4-monatigen bzw. neuerdings 90-tägigen Kurzaufenthalter, die keiner Kontingentierung unterliegen und deren Zahl sich 2005 auf 93 000 belief.⁸

Grafik 9: Nichtständige ausländische Arbeitskräfte



Quelle: BFS

Das Arbeitsangebot der Ausländer insgesamt reagiert somit immer noch – wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – auf konjunkturelle Veränderungen der Arbeitsnachfrage. Es handelt sich jedoch lediglich um Veränderungen in der Zunahme. Im Aufschwung wird zur Besetzung der neu geschaffenen Arbeitsplätze zu einem beträchtlichen Teil auf ausländische Erwerbspersonen zurückgegriffen; zwischen 1980 und 1990 entfiel etwa die Hälfte des Stellenzuwachses auf Erwerbstätige ohne Schweizer Pass. Die Flexibilität nach unten, die in früheren Rezessionen (vor allem diejenige Mitte der 1970er Jahre) den schweizerischen Arbeitsmarkt jeweils entlastet hat, ist indessen nicht mehr gegeben. Wird die Wohnbevölkerung ausländischer Nationalität mit einer geschätzten durchschnittlichen Erwerbsquote gewichtet, so wiegt deren Zunahme in den Rezessionsphasen von 1982/83 und 1991–97 den Rückgang bei den Grenzgängern und Saisoniers praktisch auf, selbst wenn die Einbürgerungen nicht berücksichtigt sind (s.

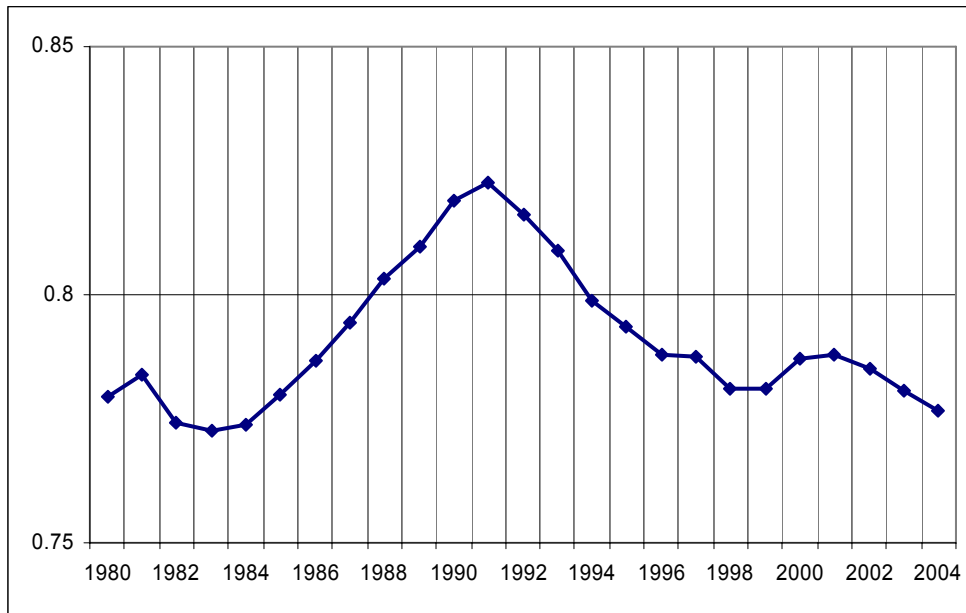
⁸ NZZ vom 9. Februar 2006. Für eine Betrachtung dieser statistisch häufig vernachlässigten Ausländerkategorie siehe Frick/Schmidbauer (1999); aktuellere Angaben finden sich in Seco et al. (2005).

Tabelle 2). Die ausländischen Arbeitskräfte spielen also nicht mehr die Rolle eines «Puffers» auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Dies hängt mit dem veränderten Charakter der Einwanderung und entsprechenden Bestimmungen im Ausländerrecht zusammen (s. z.B. Golder 1998, OECD 1996). Der Anteil der Ausländer, die aufgrund von Abkommen mit den Herkunftsländern der EU bzw. der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung als Folge der Dauer ihres Aufenthaltes auf dem Arbeitsmarkt den Schweizern weitgehend gleichgestellt sind, war im Gefolge der Rezession Mitte der 1970er Jahre deutlich gestiegen, wohingegen die Saisoniers massiv an Bedeutung eingebüsst haben.

Damit wirken Veränderungen der Beschäftigung direkter als früher auf die inländische Bevölkerung. Inwiefern ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt in Form eines Mangels an Stellen bzw. eines Überschusses an Stellensuchenden in der Folge zu offener Arbeitslosigkeit führt, hängt aber auch von allfälligen Effekten auf die Erwerbsbeteiligung ab, d.h. davon, in welchem Ausmass sich Personen aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen («Entmutigungseffekt»; s. z.B. OECD 1995). Ein solcher Rückzug kann insofern freiwillig erfolgen, als ein Teil der Personen im erwerbsfähigen Alter bei ungünstiger Arbeitsmarktlage darauf verzichtet, eine Arbeit zu suchen. Dies ist z.B. bei Paaren möglich, bei denen der eine Partner (in der Regel immer noch der Mann) ein genügend hohes Einkommen verdient, um einen angemessenen Lebensunterhalt zu bestreiten, und der andere Partner nur zu attraktiven Bedingungen eine Erwerbsarbeit aufzunehmen bereit ist. Es ist aber auch das umgekehrte Verhalten möglich, wenn bei höherer Arbeitslosigkeit die bisher nicht erwerbstätige Partnerin nach Arbeit sucht, um das Familieneinkommen aufzubessern. Bei einem «Rückzug» vom Arbeitsmarkt kann es sich aber auch um das Abdrängen in «versteckte Arbeitslosigkeit» bzw. «stille Reserve» handeln, vor allem bei denjenigen Erwerbslosen, welche keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung (mehr) haben und deshalb grösstenteils nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik erscheinen.

Diese beiden Arten von «Rückzug», die bezüglich der Beurteilung der sozialen Problematik auf dem Arbeitsmarkt völlig unterschiedlich zu gewichten sind, voneinander abzugrenzen, ist schwierig. Die offenbarte Erwerbsbeteiligung, definiert als Verhältnis der Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Erwerbsquote)⁹, gibt nur die gemeinsame Entwicklung wieder. Sie nahm zwischen 1980 und 1990 kräftig zu (Grafik 10). Ab 1990 ergab sich dann eine gegenläufige Entwicklung: Bis 1998 nahm die Erwerbsquote deutlich ab, erhöhte sich bis 2001 wieder leicht und ging danach weiter zurück.

Grafik 10: Erwerbsquote (Anteil Erwerbspersonen an der 20–64-jährigen Bevölkerung)



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

⁹ Der Stand der Bevölkerung bezieht sich auf das Jahresende, die Beschäftigung auf den Jahresdurchschnitt, so dass die resultierende Quote etwas verzerrt ist und als Näherungsgrösse zu verstehen ist.

5. Sichtbare und «versteckte» Arbeitslosigkeit

Vor Mitte der 1970er Jahre war Arbeitslosigkeit in der Schweiz, wie eingangs erwähnt, praktisch inexistent (Grafik 1). Dass der Rückgang der Beschäftigung um rund 8% zwischen 1974 und 1976 nicht zu mehr registrierter Arbeitslosigkeit geführt hatte, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen nahm die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte infolge von Nettorückwanderung massiv ab, zum andern verringerte sich die Erwerbsbeteiligung der Inländer, indem sie sich vom Arbeitsmarkt zurückzogen.

Bis zum Jahr 1981 hatte sich die Arbeitslosenquote gemäss Daten des Seco¹⁰ auf 0.2% (5900 Personen) zurückgebildet. Im Gefolge der Rezession von 1982/83 erreichte die Arbeitslosigkeit ein Maximum von 1.1% (35 200 Personen) im Jahr 1984. Der anschliessende Rückgang vollzog sich gemächlich, was u.a. auf den Ausbau der Arbeitslosenversicherung im Jahr 1984 zurückzuführen sein dürfte, doch bis 1990 war die Arbeitslosenquote wieder bei 0.5% (18 100 Personen) angelangt. Die Reaktion auf die Rezession von 1991–93 war dann aber deutlich. Bis 1994 stieg die Arbeitslosenquote auf 4.7% (170 000) und anschliessend – nach einer vorübergehenden Abnahme – auf 5.2% (188 000 Personen) im Jahr 1997. Mit dazu beigetragen hat sicher auch der weitere Ausbau der Arbeitslosenversicherung, namentlich die mehrmalige Erhöhung der Bezugsdauer im Laufe der 1990er Jahre (s. Sheldon 1999c). Nach 1997 ging die Arbeitslosigkeit relativ rasch wieder zurück, erreichte aber ihr Minimum im Jahr 2001 bereits bei einer Quote von 1.7% (67 200 Personen). Danach erfolgte erneut eine deutliche Zunahme auf 3.7% (145 700 Personen) im Jahr 2003. Seit 1990 haben Rezessionen also zu merklicher Arbeitslosigkeit geführt; zudem hat sich der im konjunkturellen Aufschwung erreichte Mindestwert der Arbeitslosenquote sukzessive erhöht («treppenförmiger» Anstieg der Mindestarbeitslosigkeit).

Dabei geben die ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen noch nicht das ganze Ausmass der Unterbeschäftigung wieder. Zusätzlich zu den Arbeitslosen weist das Seco bei den Arbeitsämtern registrierte Stellensuchende aus, die nicht als arbeitslos bezeichnet werden, weil sie entweder eine Arbeit haben oder weil sie nicht innert 30 Tagen vermittelbar sind (Grafik 11). Letztere Kategorie umfasst Personen in einem Zwischenverdienst, in Beschäftigungsprogrammen, in Umschulung oder Weiterbildung sowie solche die wegen Absolvierung der Rekrutenschule oder Krankheit nicht kurzfristig eine Stelle antreten können

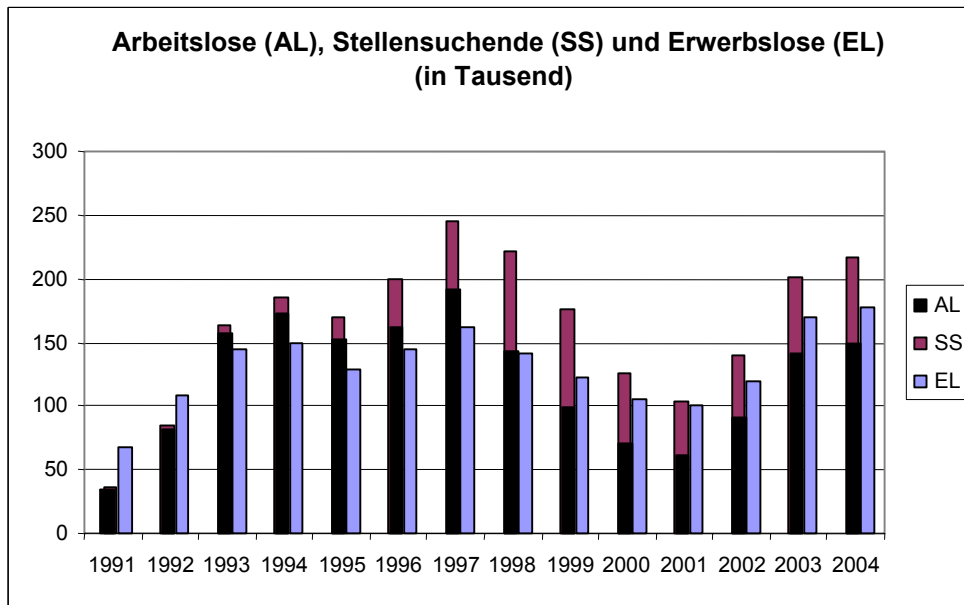
¹⁰ Bezüglich der Arbeitslosigkeit gibt es ebenfalls zwei verschiedene Datenquellen: Die bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen und Stellensuchenden einerseits und die Angaben aus Haushaltsbefragungen (SAKE, Volkszählungen) andererseits. Auch zu diesen Statistiken finden sich nähere Ausführungen im Anhang 1.

(BFS 2004). Mit Ausnahme der Personen mit einem Zwischenverdienst sind diese sinnvollerweise zu den Arbeitslosen hinzuzuzählen. Der Anteil an den nicht als arbeitslos registrierten Stellensuchenden von Personen in Beschäftigungsprogrammen und Umschulung/Weiterbildung lag im Zeitraum 1998–2005 bei 20% bis 25%. Der Anteil der Kategorie «Übrige» betrug 26% bis 34%; sie ist jedoch nicht weiter unterteilt in solche, die eine Arbeit haben, und solche, die aus anderen Gründen nicht kurzfristig vermittelbar sind.

Schliesslich gibt es Arbeitslose, die nicht bei einem Arbeitsamt angemeldet sind, z.B. weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung geltend machen können und sich keinen Erfolg von den Vermittlungsbemühungen der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) versprechen. Es könnte vermutet werden, dass diese durch die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die auf Haushaltsbefragungen basiert, besser erfasst würden. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Zwar lag die Zahl der Erwerbslosen gemäss SAKE in den Jahren 1991 und 1992 höher als die Zahl der Arbeitslosen gemäss Seco (Grafik 11). Bis 1998 kehrte sich das Verhältnis dann um. Das Verschwinden der positiven Differenz zwischen SAKE und den Seco-Daten ist schon dahingehend interpretiert worden, dass im Laufe der 1990er Jahre die Meldebereitschaft der Arbeitslosen zugenommen hat (z.B. Flückiger 2000). Nach 1998 ergibt sich dann aber wieder eine positive Differenz zwischen der SAKE und den Seco-Daten. Auffallend ist zudem, dass sich die absolute Zahl der nichtregistrierten Erwerbslosen gemäss SAKE seit 1991 nur sehr wenig verändert hat, was angesichts der beträchtlichen Zahl ausgesteuerter Arbeitsloser überrascht. Werden die Nichtregistrierten vom Total der Erwerbslosen gemäss SAKE abgezogen, liegen die resultierenden Werte durchwegs und zum Teil deutlich unter denen des Seco. Die Kriterien um in der SAKE als erwerbslos zu gelten, werden also nicht einmal von allen registrierten Arbeitslosen erfüllt. Umso mehr ist zu vermuten, dass ein Teil der Nichtregistrierten auch in den SAKE-Zahlen fehlt. Einen Hinweis auf eine beträchtliche Dunkelziffer bei der Arbeitslosigkeit gibt die Volkszählung 2000, in der eine Erwerbslosenquote von 4.1% ausgewiesen wurde; dem stehen eine Arbeitslosenquote von 1.8% gemäss Seco bzw. 2.6% gemäss SAKE gegenüber.¹¹

¹¹ Die Arbeitslosenquote gemäss Seco nahm im Dezember 2000, im Durchschnitt des 2. Quartals 2000 und im Jahresdurchschnitt 2000 den gleichen Wert an, so dass saisonale Einflüsse bei diesem Vergleich keine Rolle spielen.

Grafik 11: Arbeitslose, Stellensuchende und Erwerbslose



Quellen: Seco, SAKE

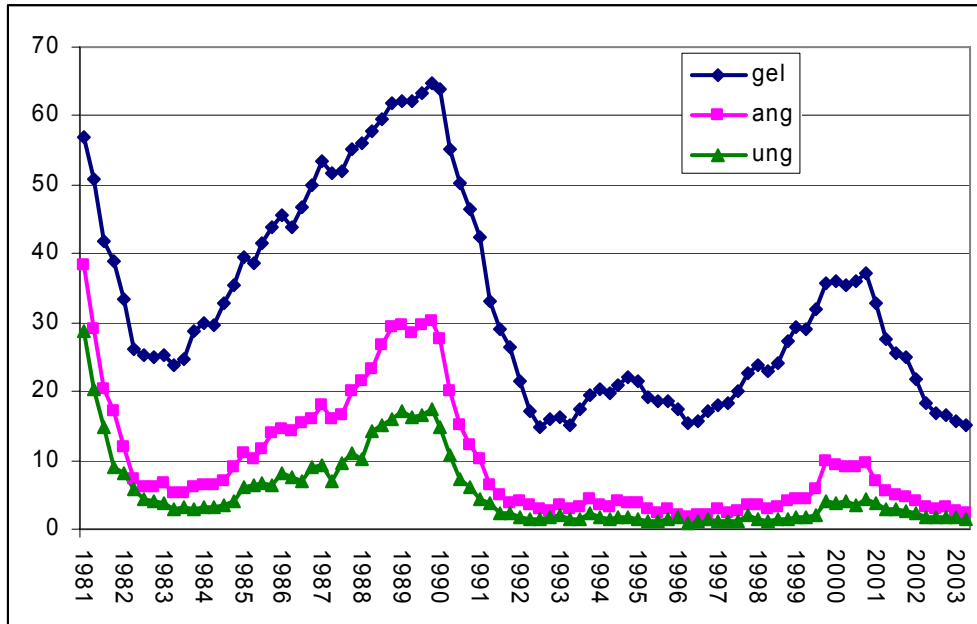
Mit einer Gegenüberstellung der Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften und des Arbeitsangebots seitens der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter müsste sich eigentlich feststellen lassen, in welchem Ausmass auf dem Arbeitsmarkt ein Ungleichgewicht herrscht. Arbeitsnachfrage und -angebot lassen sich aber nicht direkt beobachten. Die realisierte Beschäftigung gibt nur jeweils die «kurze Seite» wieder, also das niedrigere Niveau der beiden Marktseiten, durch welches die andere beschränkt («rationiert») wird. Es kann versucht werden, Arbeitsnachfrage und -angebot ökonomisch zu schätzen.¹² Ein solches Unterfangen ist allerdings mit einer Reihe von Problemen behaftet, die einer eindeutigen Lösung entgegenstehen.

Ein pragmatisches Vorgehen zur Abschätzung des Ungleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt besteht darin, dass zunächst die Arbeitsnachfrage der Unternehmen mit der Beschäftigung gleichgesetzt wird. Es wird also unterstellt, dass keine Überschussnachfrage auf dem Arbeitsmarkt besteht. Dies lässt sich damit rechtfertigen, dass das Augenmerk dieser Studie auf den Phasen mit Arbeitslosigkeit liegt, in denen die Arbeitsnachfrage die bestimmende, «kurze» Marktseite ist. Ausserdem führt die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte in Zeiten hoher Arbeitsnachfrage dazu, dass das inländische Arbeitspotenzial keine fixe Grenze darstellt. Dass es trotzdem Phasen mit einer Anspannung auf dem Arbeitsmarkt gibt, illustriert die Entwicklung des Anteils der Unternehmen, die einen Mangel an qualifizierten bzw. unqualifizierten Arbeitskräften melden (Grafik 12).

¹² Für ein solches Vorgehen s. z.B. Stalder (1997).

Grafik 12: Mangel an Arbeitskräften

(Anteile der Firmen, die einen Mangel an gelernten (gel.), angelehrten (ang.) und ungelerten (ung.) Arbeitskräften melden, in % gemessen an der Beschäftigung; Gesamtwirtschaft)



Quelle: BFS

Schwieriger ist die Bestimmung des inländischen Arbeitsangebots, also des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter, die einer Erwerbstätigkeit nachzugehen wünschen.¹³ Wie die obige Betrachtung der Entwicklung der Erwerbsquote gezeigt hat, nimmt diese in Zeiten von Arbeitslosigkeit ab. Wird das Arbeitsangebot mit der Summe der Beschäftigten und Stellensuchenden gleichgesetzt, fallen diejenigen Personen ausser Betracht, die sich angesichts einer zu geringen Arbeitsnachfrage der Unternehmen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Dieser konjunkturelle Einfluss auf die Erwerbsquote sollte bei der Bestimmung des Arbeitsangebots ausgeschaltet werden. Ein behelfsmässiges Vorgehen besteht darin, auf die Erwerbsquote eines Jahres mit gut ausgelastetem Arbeitsmarkt – im Sinne einer technischen Annahme – abzustellen. Dieses Kriterium dürfte im Zeitraum 1990/91 erfüllt gewesen sein; wie die Grafik 12 zeigt, kann sogar von einer gewissen Überauslastung ausgegangen werden, so dass das normale Niveau der Erwerbsbereitschaft mit der Wahl dieser Referenzperiode eher überzeichnet wird. Wird nun dieser Referenzwert auf den ganzen Zeitraum nach 1990 (auf den sich die Betrachtung des Arbeitsmarktungleichgewichts hier beschränkt) angewandt, so wird implizit davon ausgegangen, dass der Rückgang der Erwerbsbeteiligung zwischen 1990 und 2000 nicht eine Tendenz in Richtung

¹³ Das Angebot der nichtständigen ausländischen Arbeitskräfte wird mit den jeweiligen, effektiven Beständen gleichgesetzt.

einer höheren Präferenz für Freizeit anstelle von Erwerbseinkommen darstellt, sondern auf einen «Rückzug» infolge der verschlechterten Arbeitsmarktsituation zurückzuführen ist. Inwiefern diese Annahme realistisch ist, bleibt beim gegenwärtigen Stand des Wissens unsicher. Dies muss bei der folgenden Darstellung der Entwicklung des Arbeitsmarktungleichgewichts im Auge behalten werden.

Die folgende Tabelle 2 zeigt a) die Veränderungen des resultierenden Arbeitsmarktungleichgewichts, b) den relativen Beitrag der verschiedenen Komponenten zu diesen Veränderungen und c) die Aufteilung in ausgewiesene Arbeitslosigkeit und einen Rest (Eintritte in den oder Austritte bzw. Rückzug aus dem Arbeitsmarkt).

Tabelle 2: Arbeitsmarktbalanz (Veränderungen in 1000)

	Beschäftigte			Potenzielle Arbeitsanbieter im Inland (1)			Ungleichgewicht (2)	Arbeitslose	Rest (3)
	Insgesamt	Nichtständige Ausländer (4)	Inländer	Schweizer	Ausländer	Total			
Phasen (5)									
1981-1983	0	-14	14	59	18	77	-63	22	-41
1983-1991	585	88	497	165	162	327	171	11	182
1991-1997	-289	-110	-178	7	89	96	-274	149	-125
1997-2001	220	32	188	42	46	88	101	-121	-20
2001-2003	2	16	-14	35	34	69	-83	78	-5

1) Berechnung aufgrund der demografischen Entwicklung (s. Text). 2) Beschäftigte minus Arbeitsangebot; ein positiver (negativer) Wert bedeutet eine Abnahme (Zunahme) der Unterbeschäftigung. 3) Ein- (+) bzw. Austritte (-). 4) Grenzgänger und Saisoniers bzw. Kurzaufenthalter. 5) Die Periodisierung der Auf- und Abschwungsphasen orientiert sich an der Beschäftigung.

Die einzelnen Rezessions- und Aufschwungsphasen lassen sich anhand der Tabelle 2 wie folgt kommentieren:

- In der Rezession 1982/83 ging die Beschäftigung zwar nicht zurück, wegen eines Anstiegs der erwerbsfähigen Bevölkerung kam es aber trotzdem zu einer Zunahme des Angebotsüberschusses auf dem Arbeitsmarkt. Dieses schlug sich allerdings nur zu rund einem Drittel in ausgewiesener Arbeitslosigkeit nieder. Eine Entlastung erfuhr der Arbeitsmarkt auch durch den Rückgang der nichtständigen ausländischen Arbeitskräfte.
- Die beträchtliche Beschäftigungszunahme zwischen 1983 und 1991 wurde in erster Linie durch eine Zunahme der Zahl der Arbeitsanbieter aufgrund der demografischen Entwicklung, zu einem beträchtlichen Teil aber auch durch eine höhere Erwerbsbeteiligung (zusätzliche Eintritte potenzieller Arbeitsanbieter) abgedeckt. Weniger bedeutend war die Zunahme bei den Grenzgängern und Saisoniers. Da die Arbeitslosigkeit 1983 gering war, stellte sie kaum eine Arbeitskräftereserve dar; bis 1990 betrug die Abnahme knapp 10 000 Personen, und 1991 nahm sie sogar schon wieder um 21 000 zu.

- Zwischen 1991 und 1997 erhöhte sich das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, da gleichzeitig die Beschäftigung deutlich zurück ging und das potenzielle Arbeitsangebot weiter anstieg. Eine bloss teilweise Entlastung brachte die Abnahme der Zahl der nichtständigen ausländischen Arbeitskräfte. Die Zunahme des Ungleichgewichts schlug sich nun etwa zur Hälfte in Arbeitslosigkeit nieder, die andere Hälfte (125 000 Personen) entfiel auf den «Rückzug» aus dem Arbeitsmarkt.
- Der Beschäftigungszuwachs von 1997 bis 2001 ging mit einer markanten Reduktion der Arbeitslosigkeit einher. Bei einem weiter steigenden Arbeitsangebot reichte er aber nicht aus, um den «Rückzug» rückgängig zu machen; dieser nahm sogar noch leicht zu.
- Nach 2001 stagnierte die Beschäftigung, und der Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung hielt auch diesmal an. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen setzte sich auch die Zunahme der nichtständigen ausländischen Arbeitskräfte fort, so dass von dieser Seite keine Entlastung des Arbeitsmarktes mehr erfolgte. Die resultierende Zunahme des Ungleichgewichts schlug sich nun nahezu vollständig in Arbeitslosigkeit nieder (verglichen mit gut 50% in der Phase 1991–97 und 35% in der Rezession 1981–83).

Insgesamt lässt sich zweierlei festhalten: Der Arbeitsmarkt wird zum einen in Rezessionszeiten durch den Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung zusätzlich belastet; in der jüngsten Rezession hat sich ausserdem bei den nichtständigen ausländischen Arbeitskräften eine Veränderung ergeben, indem diese keinen Rückgang, sondern eine fortgesetzte Zunahme erfuhren. Es stellt sich die Frage, ob dies ein Anzeichen für eine neue Tendenz der Substitution von inländischen durch ausländische Arbeitskräfte darstellt. Eine schlüssige Antwort ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Zum andern schlägt sich das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zunehmend in sichtbarer Arbeitslosigkeit nieder. Über die ganzen 1990er Jahre gesehen scheint aber auch eine beträchtlich «versteckte» Komponente der Arbeitslosigkeit als Folge eines «Rückzugs» vom Arbeitsmarkt bestehen zu bleiben. Darunter dürften u.a. ein Teil der nicht als arbeitslos registrierten Stellensuchenden (s. oben), Jugendliche in Warteschlangen, Frühpensionierte¹⁴ und nicht erwerbstätige IV- und Sozialhilfebezügler fallen. Zudem hat sich die Erwerbsquote bei den mehr als 65-Jährigen gemäss SAKE zwischen 1991 und 2004 nahezu halbiert. Aufkumuliert über die Jahre 1991–2004 ergibt sich insgesamt ein «Rückzug» von 175 000

¹⁴ Der Anteil der Frühpensionierungen (Personen, die innerhalb von drei Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter nicht mehr erwerbstätig waren) erhöhte sich gemäss SAKE von 21.8% 1991/1992 auf 29.8% 1999/2000, wobei dieser Anstieg vor allem auf die Zeit ab 1997 fiel. Ein beträchtlicher Teil der Frühpensionierten arbeitete allerdings in einem beschränkten Umfang weiter (Dorn/Sousa-Poza 2005).

Personen (4.4% der Erwerbspersonen). Dabei handelt es sich um eine Maximalschätzung, die sich auf der Basis der getroffenen technischen Annahme bezüglich der gewünschten Erwerbsbeteiligung ergibt.¹⁵ Eine genauere Bezifferung würde eine vertiefte Untersuchung erfordern.

Schliesslich besteht noch das Problem einer gewissen zeitlichen Unterauslastung. Wie schon erwähnt, hat die Teilzeitarbeit seit 1980 deutlich zugenommen (Tabelle 3). Vor allem Frauen arbeiten teilzeitlich, und bei diesen dürfte der trendmässige Anstieg der Teilzeitarbeit mehrheitlich einem Bedürfnis entsprechen. Der Anteil derjenigen Teilzeitangestellten, die mehr Stunden arbeiten möchten als ihrem effektiven Beschäftigungsgrad entspricht, hat aber – gemessen am Total der Erwerbstätigen – seit Beginn der 1990er Jahre von 5% 1991 auf 9.3% im Jahr 2005 zugenommen; dabei lag die gewünschte Zahl zusätzlicher Arbeitsstunden 2005 bei gut der Hälfte der entsprechenden Meldungen zwischen einer und zehn Stunden.

Tabelle 3: Teilzeitarbeit

	1970	1980	1990	2000
Insgesamt				
Vollzeit	87.8%	85.6%	81.2%	74.1%
Teilzeit	12.2%	14.4%	18.8%	25.9%
Männer				
Vollzeit	96.0%	95.8%	95.2%	91.6%
Teilzeit	4.0%	4.2%	4.8%	8.4%
Frauen				
Vollzeit	71.9%	67.5%	59.5%	51.4%
Teilzeit	28.1%	32.5%	40.5%	48.6%

Quelle: Volkszählungen

¹⁵ Noch höher würde die Schätzung allerdings ausfallen, wenn eine Fortsetzung des in den 1980er Jahren steigenden Trends der Erwerbsbeteiligung unterstellt würde.

6. Hat die «Sockelarbeitslosigkeit» zugenommen?

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem BIP und der Beschäftigung hat gezeigt, dass Wirtschaftswachstum zu einer Erhöhung der Beschäftigung führt, wobei das Ausmass des erforderlichen Wachstums von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität abhängt. Wie stark sich ein Beschäftigungsanstieg auf die registrierte Arbeitslosigkeit auswirkt, hängt wiederum davon ab, in welchem Ausmass die neu geschaffenen Stellen mit Personen besetzt werden, die neu oder wieder in den Arbeitsmarkt eintreten, anstatt mit Arbeitslosen. Aus Tabelle 2 lässt sich ablesen, dass zwischen 1997 und 2001 dem Stellenzuwachs von 220 000 nur ein Rückgang der ausgewiesenen Zahl der Arbeitslosen von 121 000 gegenübersteht. Wird zudem angenommen, dass es sich beim «Rückzug» von 20 000 Personen aus dem Arbeitsmarkt vorwiegend um Arbeitslose gehandelt hat, so wurde nicht einmal die Hälfte des Beschäftigungszuwachses über den Abbau der Arbeitslosigkeit abgedeckt, mehr als die Hälfte dagegen über den Zuwachs bei der Erwerbsbevölkerung und bei den nichtständigen ausländischen Arbeitskräften.

Diese Tatsache lässt zwei mögliche Interpretationen zu: Die eine besteht darin, dass der Konjunkturaufschwung nicht lange genug anhielt, um einen Zustand der Vollbeschäftigung zu erreichen. Nach einer anderen Hypothese gibt es einen «strukturellen Sockel» von Arbeitslosigkeit, der sich auch bei guter Konjunkturlage nicht mehr weiter abbauen lässt; dazu würden übrigens auch diejenigen Personen gehören, die im Status des «Rückzugs» verharren, grundsätzlich aber eine Erwerbsarbeit anzunehmen wünschten. Welche dieser beiden Hypothese zutrifft, bedingt eine nähere Betrachtung. Die blosser Feststellung eines treppenförmigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit sagt darüber noch nichts aus.

Bevor auf diese Frage näher eingegangen werden kann, sind zuerst einige Bemerkungen zur Unterscheidung zwischen konjunktureller und «struktureller» Arbeitslosigkeit nötig:

- Zu konjunktureller Arbeitslosigkeit kommt es in der Abschwungsphase eines Konjunkturzyklus, weil die Güternachfrage abnimmt und die Unternehmen in der Folge ihr Beschäftigungsvolumen nach unten anpassen. Im konjunkturellen Aufschwung steigen Güternachfrage und Beschäftigung wieder an, und die Arbeitslosigkeit sollte entsprechend zurückgehen. Nach dieser Vorstellung ist in einer «normalen» Konjunkturlage der Arbeitsmarkt ausgeglichen – die Unternehmen fragen gerade soviel Arbeit nach wie die Erwerbstätigen anbieten wollen – und demzufolge gibt es auch keine Arbeitslosigkeit.
- Ein solcher Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt kommt aber nur dann zustande, wenn die Charakteristiken der Arbeitsplätze und der Arbeitskräfte zusammenpassen bzw. die

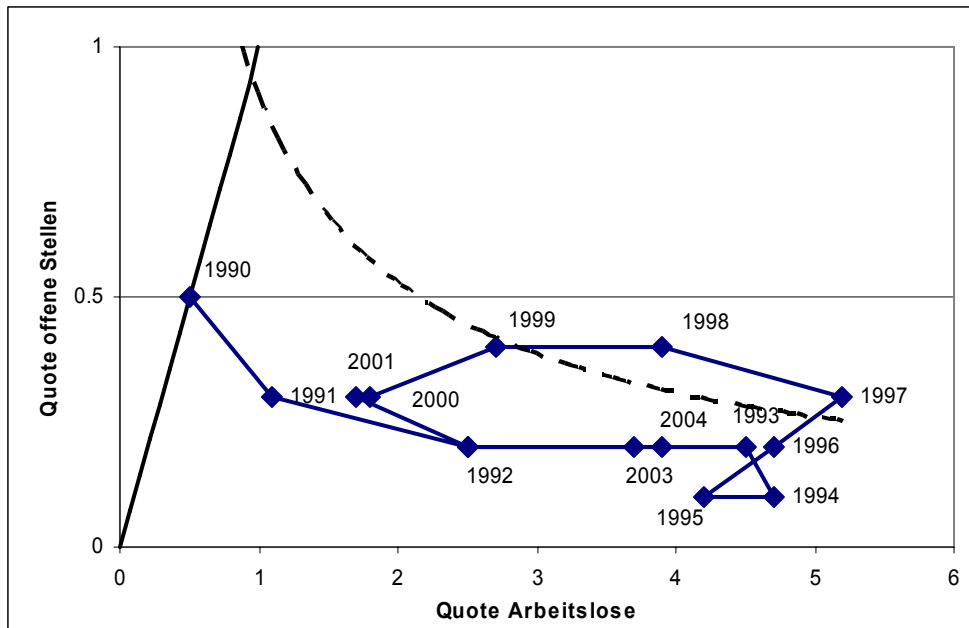
Erwerbstätigen und die Unternehmen genügend flexibel sind, um eine solche Anpassung innert kurzer Zeit herbeizuführen. Unterscheidet sich die Struktur des Arbeitsangebots von derjenigen der Arbeitsnachfrage, z.B. bezüglich Qualifikationsniveau, Wirtschaftszweig oder Region, finden gleichzeitig einige Erwerbstätige keine passende Stelle und einige Unternehmen keine passenden Arbeitskräfte, auch wenn die Konjunkturlage gut ist. Die damit verbundene Arbeitslosigkeit wird dementsprechend als «strukturelle» (oder auch als Mismatch-)Arbeitslosigkeit bezeichnet. Eine mildere Variante stellt die sog. «friktionelle» Arbeitslosigkeit dar, die darin besteht, dass die Suche nach einer passenden Stelle Zeit braucht und unter Umständen mit einer Phase von Arbeitslosigkeit verbunden ist.

- Eine weitere Bedeutung von «struktureller» Arbeitslosigkeit steht im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und namentlich mit der institutionellen Struktur des Arbeitsmarktes, also z.B. dem Leistungsumfang der ALV oder Gewerkschaften, die überhöhte Löhne durchsetzen.

Die Unterscheidung zwischen konjunktureller und «struktureller» Arbeitslosigkeit ist in der Praxis allerdings nicht einfach, da sich die «strukturelle» Arbeitslosigkeit lediglich in einer konjunkturellen «Normal»-Situation beobachten lässt und die Bestimmung einer solchen ihrerseits nicht leicht ist. Verschiedene Indikatoren können diesbezüglich allerdings Hinweise geben.

Ein gebräuchlicher Indikator für einen «strukturellen Sockel» ist die Beziehung zwischen der Zahl der offenen Stellen und der Zahl der Arbeitslosen (sog. Beveridge-Kurve). Dahinter steht die Vorstellung, dass der Arbeitsmarkt gesamthaft als ausgeglichen bezeichnet werden kann, wenn gleich viele Stellen unbesetzt sind wie es Arbeitslose gibt. Grafik 13 zeigt die jeweiligen Relationen von Arbeitslosenquote und Quote der offenen Stellen für die Jahre 1990–2004. Wird durch die Jahrespunkte eine Beveridge-Kurve gelegt (s. gestrichelte Kurve), lässt sich die «gleichgewichtige» Arbeitslosenquote am Schnittpunkt zwischen dieser Kurve und der Linie, welche vom Nullpunkt aus die Punkte verbindet, bei denen die beiden Quoten gleich gross sind, ablesen. Je weiter aussen (rechts oben) vom Nullpunkt die Beveridge-Kurve Richtung liegt, umso höher ist die Arbeitslosenquote bei diesem Schnittpunkt.

Grafik 13: Beveridge-Kurve



Datenquelle: Seco

Ende der 1990er Jahre wurde – basierend auf Daten bis 1998 – verschiedentlich eine deutliche Aussenverschiebung der Beveridge-Kurve konstatiert (z.B. Sheldon 1999, Flückiger 2000) und daraus ein Anstieg der (ausgewiesenen) «Sockelarbeitslosigkeit» von 0.5% in den 1980er Jahren bzw. 0.7% 1990 auf 2.5–2.6% im Jahr 1997 abgeleitet. Legt man gedanklich eine Kurve durch die Jahrespunkte 1990–92 und eine zweite durch die Jahrespunkte 1993–98, entsteht tatsächlich der Eindruck einer markanten Verschiebung. Nach 1998 änderte sich das Bild allerdings, und die Werte für 2000 und 2001 lagen wieder viel näher beim Nullpunkt. Wird die Beveridge-Kurve mit den Jahresdaten für die ganze Periode 1990–2004 geschätzt, ergibt sich ein Wert des «Sockels» von 0.9%.

Die Schätzung der «Sockelarbeitslosigkeit» mit der Beveridge-Kurven-Methode scheint also nicht sehr zeitlich stabile Ergebnisse zu liefern, und es entsteht der Eindruck, dass die geschätzten Werte der jeweiligen konjunkturellen Situation folgen. Ein zusätzliches Problem bei der Beveridge-Kurve besteht darin, dass die offenen Stellen, die bei den Arbeitsämtern registriert sind, kein besonders zuverlässiger Indikator für den effektiven Personalbedarf der Unternehmen darstellen, da die meisten Stellenausschreibungen über andere Kanäle laufen. Es besteht deshalb die Tendenz, die «gleichgewichtige» Arbeitslosenquote zu unterschätzen (s. Zanetti 1998, der mit Daten aus einer anderen Quelle – dem Manpower-Stellenindex – auf einen Wert von 1.4% für die Zeit von Ende 1993 bis Anfang 1998 kommt).

Eine alternative Methode besteht darin, diejenige Arbeitslosenquote zu schätzen, die mit einer konstanten Inflationsrate einhergeht («non-accelerating inflation rate of unemployment» NAIRU). Die Vorstellung hinter diesem Konzept ist, dass sich das Lohnwachstum in einem angespannten Arbeitsmarkt beschleunigt, in einem entspannten Arbeitsmarkt verlangsamt und diese Lohnveränderung auf die allgemeine Teuerung durchschlägt. Folglich ist ein ausgeglichener Arbeitsmarkt mit einer unveränderten Lohn- und Preissteigerungsrate verbunden.¹⁶ Schätzungen von Zanetti (1998) ergeben einen Anstieg der NAIRU von 0.3% Ende der 1980er Jahre auf 1.7% in der Phase 1990–97, mit einem zeitweiligen Höchstwert von 4% für die Teilperiode 1993–97. Schätzungen der OECD (2000) führen ebenfalls zu Höchstwerten von 4% und mehr im Laufe der 1990er Jahre. Auch diese Schätzungen sind aber nicht sehr zuverlässig: die Unsicherheit nimmt mit steigenden Werten zu, und die NAIRU schwankt ebenfalls mit der laufenden Arbeitslosenrate (Zanetti 1998).

Ein weiterer Ansatz zur Schätzung der strukturellen Arbeitslosigkeit («structural unemployment rate at equilibrium» SURE) besteht darin, die an sich unbeobachtbaren Grössen von Arbeitsangebot und -nachfrage mit einem ökonometrischen Modell zu schätzen (Stalder 1997). Die strukturelle Arbeitslosigkeit lässt sich dann in denjenigen Zeitpunkten, in denen auf dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht zwischen den beiden Marktseiten geschätzt wird, aus der Differenz zwischen dem Arbeitsangebot und der tatsächlich realisierten Beschäftigung ablesen. Stalder (1997) vertritt die Auffassung, dass die SURE seit Beginn der 1980er Jahre angestiegen und Mitte der 1990er Jahre auf etwas über 2% zu liegen gekommen sei. Ein Durchschnittswert in der gleichen Grössenordnung resultierte aus einer Schätzung mit dem KOF-Makromodell für den gesamten Zeitraum 1980–2004.

Eine Sichtung der verschiedenen Schätzungen hinterlässt den Eindruck, dass es schwierig ist, eine exakte Zahl für die Höhe der «strukturellen» Arbeitslosigkeit anzugeben. Die Studien decken sich hinsichtlich der Feststellung, dass sie seit Beginn der 1980er Jahre gestiegen ist, wobei die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geschätzten Werte allerdings deutlich überzeichnet sein dürften. Es sei daran erinnert, dass die Arbeitslosenquote in den Jahren 2000 und 2001 – entgegen den Ende der 1990er Jahre gehegten Befürchtungen – auf 1.8% bzw. 1.7% zurückging, ohne dass es zu einer nennenswerten Beschleunigung beim Preis- und Lohnwachstum gekommen ist. Hinzuweisen ist allerdings auch darauf, dass sich die eben vorgenommene Betrachtung auf die ausgewiesene Arbeitslosigkeit bezieht und die Höhe des «Rückzugs» vom Arbeitsmarkt ausgeklammert blieb.

¹⁶ Verwandte Konzepte sind die NAWRU («non-accelerating wage rate of unemployment»), bei der auf das Lohnwachstum selbst statt auf die Inflationsrate abgestellt wird, und die QERU («Quasi Equilibrium Rate of Unemployment»), für die das Kriterium gilt, dass sich die Löhne und Preise mit gleicher Rate verändern (s. z.B. Zerche et al. 2000).

Ein anderer Zugang zur Frage der «Sockelarbeitslosigkeit» besteht darin, nach Ursachen zu suchen, die eine solche erklären könnten. Zu diesem Zweck werden in den folgenden zwei Abschnitten die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie die strukturelle Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit selbst etwas näher betrachtet.

7. Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt

Strukturelle Arbeitslosigkeit kann entstehen, wenn sich die Art der Arbeitsplätze verändert (z.B. Veränderung der Branchen- und Regionalstruktur oder der Qualitätsanforderungen) und die Beschäftigten in den verhältnismässig schrumpfenden Segmenten aufgrund von Mobilitätsbarrieren nicht in die expandierenden Segmente wechseln können. Dies ist vor allem bei schwachem Wirtschaftswachstum ein Problem, weil dann der relative Anteilsverlust einzelner Sektoren eher zu einer absoluten Abnahme von Arbeitsplätzen führt, als wenn die Wirtschaft kräftig expandiert. Das schwache Wachstum der 1990er Jahre kann also die strukturellen Anpassungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt verstärkt haben, ohne dass sich notwendigerweise das Tempo des Strukturwandels beschleunigt hat.

Bezüglich der strukturellen Entwicklung des schweizerischen Arbeitsmarktes sind in den letzten Jahrzehnten vor allem zwei Tendenzen von Bedeutung, die u.a. mit der Ausbreitung neuer Technologien (Informations- und Kommunikationstechnologien, IKT) und der fortschreitenden wirtschaftlichen Internationalisierung in Zusammenhang gebracht werden:

- Eine Zunahme der Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze;
- Eine Tertiärisierungstendenz, d.h. die Verschiebung der Branchen- und Berufsstruktur vom sekundären (Industrie, Bauwirtschaft) zum tertiären Sektor (Dienstleistungen).

Die Zunahme der Qualifikationsanforderungen zeigt sich beispielsweise beim ausgeübten Beruf. Der Anteil der Erwerbstätigen in den Berufskategorien «Führungskraft», «Akademiker» und «Techniker» nahm zwischen 1970 und 2000 kontinuierlich zu. Eine Abnahme verzeichneten demgegenüber die Kategorien «Bürokräft», «Handwerker», «Maschinenbediener» und «Hilfsarbeitskraft» (Sheldon 2005). Darin kommt eine Tendenz zu «wissensbasierten» Berufen zum Ausdruck.

Ebenso kontinuierlich erfolgte ein Anstieg des Anteils des tertiären zulasten des sekundären Sektors (Tabelle 4).¹⁷ Auf der Ebene der einzelnen Wirtschaftsbranchen lässt sich nach Sheldon (2005) allerdings keine Beschleunigung des Strukturwandels zwischen 1990 und 2000 feststellen; im Gegenteil hat eine leichte Verlangsamung sowohl gegenüber 1980–1990 als auch gegenüber 1970–1980 stattgefunden. Der wirtschaftliche Strukturwandel scheint also eine eher stetige Entwicklung zu sein.

¹⁷ Dazu beigetragen hat auch das Outsourcing von Dienstleistungstätigkeiten durch Unternehmen des sekundären Sektors. Auch der primäre Sektor (v.a. Landwirtschaft) verlor weiter an Gewicht, doch war dieser schon 1970 mit einem Anteil von 7.7% (2000: 3.4%) nur noch gering.

Tabelle 4: Anteile der Erwerbstätigen nach Sektoren und ausgewählten Branchen (1)

	VZ2000	VZ1990	Veränderung
Sektor 1	4.0%	4.2%	-0.2%
Sektor 2	26.1%	31.6%	-5.5%
Industrie	17.9%	21.8%	-3.9%
Bau	7.4%	9.9%	-2.5%
Sektor 3	69.8%	64.2%	5.6%
Handel	16.6%	17.5%	-0.9%
Gastgewerbe	5.4%	4.6%	0.8%
Verkehr/Kommunikation	6.3%	6.4%	-0.1%
Banken/Versicherungen	6.2%	5.8%	0.3%
Unternehmensnahe Dienstl. (2)	10.6%	7.1%	3.5%
Staat/Sozialvers.	4.4%	4.2%	0.3%
Bildungswesen	5.9%	5.6%	0.3%
Gesundheits- u. Sozialwesen	10.2%	8.0%	2.2%
Sonstige Dienstl.	4.2%	4.2%	0.0%

1) Total abzüglich fehlende Angaben

2) Immobilien, Informatik, F&E usw.

Quelle: Eidg. Volkszählungen (VZ) 1990 und 2000

Solche Strukturverschiebungen stellen kein Problem dar, wenn sie von einer entsprechenden Veränderung der beruflichen Ausrichtung und Qualifikation der Erwerbstätigen begleitet sind, was umso wahrscheinlicher ist, je weniger abrupt sie stattfinden. Wie die Studie von Sheldon (2005) zum berufsstrukturellen Wandel der Beschäftigung in der Schweiz zeigt, war die berufliche Mobilität tatsächlich hoch. Illustriert am Beispiel der Bildungsabschlüsse lässt sich feststellen, dass einem markanten Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen ohne jede Berufsbildung (von über 35% 1980 auf knapp 20% im Jahr 2000) ein Anstieg bei den höheren Bildungsniveaus gegenübersteht. Ausserdem besteht eine hohe beruflichen Mobilität: Von den 17–64-jährigen Erwerbstätigen mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss übten im Jahr 2000 zwischen 40% und 58% (je nach Detaillierungsgrad der Betrachtung) einen anderen als den erlernten Beruf aus. Für allgemeine strukturelle Diskrepanzen (Mismatch) nach Berufen (aber auch nach Kantonen), die eine strukturelle Komponente der Arbeitslosigkeit begründen würden, lassen sich kaum Hinweise finden (Sheldon 1999a).

An der Tendenz zur Höherqualifizierung waren allerdings die ausländischen Erwerbstätigen zu einem beträchtlichen Teil nicht beteiligt. Die Einwanderer der letzten Jahrzehnte waren überwiegend wenig qualifiziert. Der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen mit höchstens obligatorischem Schulabschluss, der sich 1980 auf gegen 50% und 1990 auf 45% belaufen hatte, betrug im Jahr 2000 immer noch 40% (Sheldon 2001). Besonders gering ist der Anteil ohne nachobligatorische Ausbildung bei Frauen aus südlichen Ländern (Suter 2000). Diese gering qualifizierten ausländischen Erwerbstätigen konzentrierten sich in den Branchen der

Industrie und des Baugewerbes, wo sie Stellen mit niedrigen Anforderungen vorfanden (s. auch Sheldon 1999b). Die Beschäftigungsentwicklung war aber gerade in diesen Branchen unterdurchschnittlich.

In Anbetracht des hohen Anteils der Ausländer auch an den Arbeitslosen (s. unten) wurde Ende der 1990er Jahre die Befürchtung laut, dass aufgrund der Verschiebung der Arbeitsnachfrage in Richtung anspruchsvollerer Tätigkeiten diese niedrig qualifizierten Erwerbstätigen keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr finden würden (z.B. Sheldon, Flückiger, Golder 1998, Weber 2001). Die hohe Arbeitslosigkeit wäre also ein strukturelles Problem, bedingt durch die ungünstige Qualifikationszusammensetzung der Einwandernden, und würde einen Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit erwarten lassen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf ein deutlich niedrigeres Niveau in den Jahren 2000 und 2001 scheint diese Befürchtung zu relativieren. Allerdings blieb der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen weit über deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung.¹⁸ Hinweise auf ein Strukturproblem findet auch Puhani (2005, 2003), der die Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage bei Arbeitskräften verschiedener Qualifikationsstufen für die Periode 1991–2001 untersucht. Dabei kommt er zum Ergebnis, dass dieses bei den Hoch- und den Mittelqualifizierten Angebot und Nachfrage in etwa ausgeglichen verlief, hingegen bei der niedrigsten Qualifikationsstufe (obligatorische Schule als höchste Ausbildung) ein Angebotsüberschuss festzustellen ist. Damit verbunden ist eine fehlende Lohnflexibilität nach unten, die er auf gewerkschaftliche Lohnforderungen zurückführt.

Unterstellt wird hierbei, dass das Beschäftigungsproblem gering Qualifizierter durch niedrigere Löhne gelöst werden könnte. Dieser Aspekt wird auch von Sheldon (2006, 1999b) thematisiert, der die Frage diskutiert, ob Stellen mit geringen Anforderungen nicht auch im expandierenden Dienstleistungssektor geschaffen werden könnten. Das Problem dabei ist, dass die Löhne für niedrig Qualifizierte in der Industrie, wegen des hohen Technisierungsgrads und der damit verbundenen hohen Wertschöpfung der Arbeitsplätze, höher sind als im Dienstleistungssektor, wo die Löhne viel mehr von den individuellen Qualifikationen als von den jeweiligen Stellen abhängen. Zwar findet Sheldon (1999c) in seiner Studie zur Langzeitarbeitslosigkeit Evidenz dafür, dass ein Einkommensschnitt die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozess begünstigt. Für Unqualifizierte sind die Löhne, die dafür notwendig wären, aber u.U. so niedrig, dass sie für eine Existenz nicht ausreichen. Zudem sind in Dienstleistungsberufen eher auch soziale und sprachliche Kompe-

tenzen von Bedeutung, was für einen Teil der niedrig qualifizierten Erwerbspersonen ein Beschäftigungshindernis bedeuten kann.

Golder (1998) kommt allerdings zum Schluss, dass die – statistisch erfasste – Qualifikation keinen nachweisbaren Einfluss auf die Beschäftigungschancen ausübt; einen negativen Einfluss hat vielmehr die Herkunftsregion Südeuropa. Dies könnte auf einen Mangel an den oben erwähnten Kompetenzen, die im Bildungsabschluss allein nicht zum Ausdruck kommen, zurückzuführen sein. Es deutet aber auch auf die Möglichkeiten von Diskriminierung von Erwerbspersonen nach Herkunft hin, die nichts mit deren objektiven Qualifikationen zu tun hat. Hinweise in diese Richtung finden auch de Coulon/Flückiger (2000), die feststellen, dass ausländische Diplome und Berufserfahrungen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt nicht entsprechend anerkannt werden.

Weitere Hinweise auf Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt sieht Flückiger (1999) in der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Dieses Phänomen ist zwar noch wenig erforscht, doch findet er eine Bestätigung dafür in der Zunahme der – nur teilweise freiwilligen – Teilzeitarbeit und dem Anstieg der selbständigen Erwerbstätigkeit, die für einige Personen bloss eine prekäre Alternative zur Arbeitslosigkeit zu sein scheint. Sowohl Flückiger (1999) als auch Golder (1998) kommen zum Schluss, dass auf dem Schweizer Arbeitsmarkt Segmentationstendenzen auszumachen sind. Segmentation ist durch die Struktur des Arbeitsmarkts bedingt und nicht durch die Eigenschaften der Erwerbspersonen. Nach den Segmentationstheorien gibt es zwei getrennte Arbeitsmärkte. Im ersten Arbeitsmarkt sind die Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft, gut entlohnt und mit Karrierechancen verbunden. Der zweite Arbeitsmarkt besteht aus unsicheren und schlecht bezahlten Jobs. Die beiden Märkte sind in dem Sinne voneinander abgeschottet, als vom zweiten zum ersten keine Durchlässigkeit besteht. Wer einmal im zweiten Arbeitsmarkt landet, bleibt also darin verhaftet. Diskriminierungen, wie sie von Golder (1998) nicht nur gegenüber ausländischen Erwerbspersonen, sondern auch gegenüber Frauen festgestellt werden, können Ausdruck einer solchen Segmentierung sein. Eine wichtige Rolle dürfte dabei das schweizerische Berufsbildungssystem (Berufslehre als Selektionskriterium) spielen (Sacchi et al. 2005). Das Ausmass der Segmentierung des schweizerischen Arbeitsmarktes dürfte allerdings nicht sehr gross sein. Einen Hinweis darauf kann der Anteil prekärer Arbeitsplätze am Total der Erwerbstätigkeit geben; dieser wird in einer Studie der ECOPLAN für 2002 auf rund 4% geschätzt (Marti et al. 2003).

¹⁸ Dies ist keine spezifisch schweizerische Erscheinung. Die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit ist bei ausländischen Erwerbspersonen auch in anderen Ländern überdurchschnittlich hoch

8. Strukturelle Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit

Strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt müssten auch in der strukturellen Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit sichtbar werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Struktur der Arbeitslosigkeit auch noch durch andere Faktoren beeinflusst wird:

- Zum einen reagieren nicht alle Arbeitsmarktsegmente gleichmässig auf einen Konjunkturrückgang. So sind z.B. die Branchen der Industrie und des Baugewerbes stärkeren zyklischen Schwankungen ausgesetzt als die meisten Dienstleistungsbranchen. Ein überdurchschnittlicher Anteil von Erwerbspersonen aus diesen Branchen an der Arbeitslosigkeit ist also nicht unbedingt ein Hinweis auf (längerfristige) strukturelle Probleme. Es stellt sich also die Frage, ob eine höhere Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt ist oder nicht.
- Zum andern nehmen die Arbeitgeber bei der Rekrutierung von Personal eine Selektion unter den Erwerbstätigen nach verschiedenen Kriterien vor. In einer Zeit von Arbeitslosigkeit, können die Firmen wählerischer sein als sonst, so dass es zu einem Sortierungsprozess unter den Arbeitslosen kommt, bei welchem die aus Sicht der Firmen am wenigsten geeigneten zuletzt eingestellt werden. Aus diesem Grund sind z.B. wenig qualifizierte Erwerbspersonen von einem Konjunkturrückgang überdurchschnittlich betroffen. Auch dies muss aber nicht heissen, dass die Arbeitslosen mit der geringsten Priorität grundsätzlich keine Anstellungschancen hätten.

In Tabelle 5 sind die Relationen der Arbeitslosenquoten nach einzelnen Merkmalen zum jeweiligen Total der Arbeitslosenquote dargestellt. Es zeigt sich, dass Ausländerinnen und Ausländer insgesamt durchwegs stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind (im Verhältnis von etwa 2:1), und dass dies in den konjunkturell günstigen Jahren 2000/2001 eher noch ausgeprägter der Fall war. Besonders hoch war die Arbeitslosenquote bei den ausländischen Frauen. Eine weitere Differenzierung nach Herkunftsregion zeigt, dass ausländische Erwerbspersonen aus Nicht-EU15-Ländern nochmals stärker betroffen waren (Seco et al. 2005). Nach Alter sind die Unterschiede nicht sehr deutlich. Auffällig ist lediglich der Anstieg der Betroffenheit bei den 15–24-Jährigen im Gefolge der jüngsten Rezession (2004). Auch zwischen dem 2. und dem 3. Wirtschaftssektor lassen sich kaum Unterschiede ausmachen. Dass die Betroffenheit des Dienstleistungssektors nicht niedriger ist, ist z.T. auf das Gastgewerbe zurückzuführen, das durchwegs höhere Werte aufweist; im konjunkturell günstigen Jahr 2000 stieg das Verhältnis bis auf 3:1 an.

Tabelle 5: Relation der Arbeitslosenquoten nach ausgewählten Merkmalen zum Total

Arbeitslosenquoten	1991	1997	2000	2001	2004
Arbeitslosenquote Total	1.1	5.2	1.8	1.7	3.9
Relationen:					
Männer	0.9	0.8	0.9	0.9	1.0
Frauen	1.1	1.0	1.1	1.1	1.0
Schweizer (M/F)	0.7	0.6	0.7	0.7	0.8
Ausländer (M/F)	1.9	1.8	2.1	2.0	1.8
Ausländerinnen	2.1	2.1	2.4	2.3	1.9
Schweizerinnen	0.8	0.7	0.7	0.8	0.8
15-24 Jahre	1.0	0.8	1.0	1.0	1.3
25-39 Jahre	1.2	1.1	1.1	1.1	1.1
40-54 Jahre	0.8	0.8	0.9	0.9	0.8
55+ Jahre	0.7	0.8	1.0	0.9	0.8
Sektor 1	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3
Sektor 2	1.2	1.0	1.1	1.0	1.0
Sektor 3	1.0	1.0	1.2	1.2	1.2
Gastgewerbe	2.3	2.8	3.1	2.8	2.6

Quelle: Seco

Tabelle 6 zeigt die Relationen nach höchster abgeschlossener Ausbildung der Erwerbslosenquoten gemäss SAKE. Bei den Erwerbspersonen ohne Berufslehre (mit obligatorischem Schulabschluss, Anlehre oder angelernt, Diplommittelschule und andere) zeigt sich das gleiche Bild wie für die Ausländerinnen und Ausländer. Ihre Erwerbslosenquote liegt durchwegs über dem Durchschnitt aller Erwerbspersonen, und dies ist nicht auf den Einfluss einer schlechten Konjunkturlage zurückzuführen.

Tabelle 6: Relation der Erwerbslosenquoten nach Ausbildung zum Total

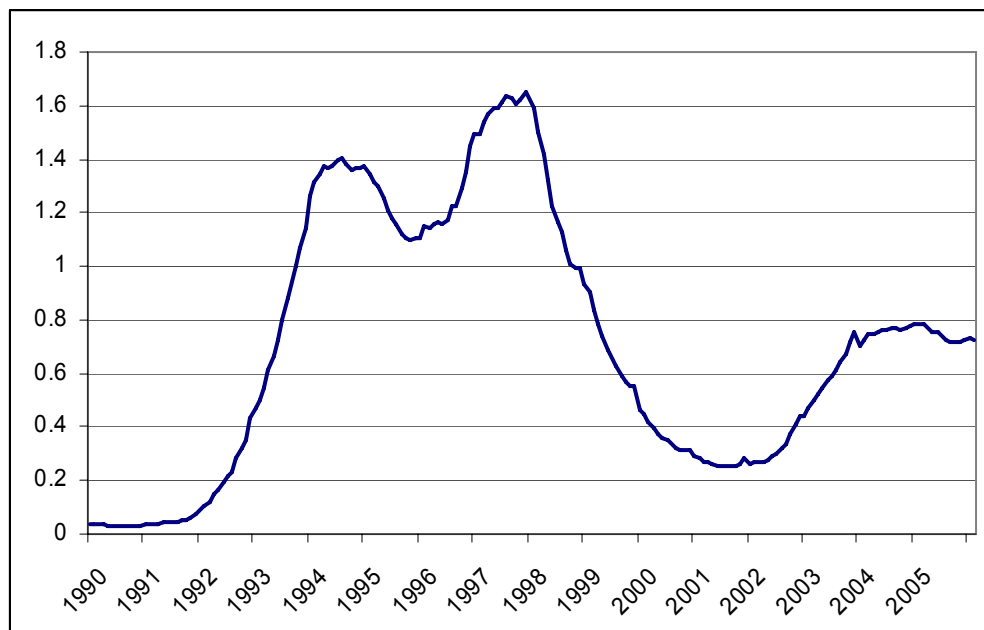
	1991	1997	2000	2001	2004
Erwerbslosenquote Total	1.8	4.1	2.7	2.5	4.3
Relationen:					
Ohne Berufslehre (1)	1.4	1.5	1.8	1.6	1.7
Berufslehre	0.9	0.8	0.8	0.7	0.8
Vollzeitberufsschule	1.2	0.7	1.1	0.9	1.1
Maturität	0.9	0.7	1.2	1.3	1.4
Höhere Berufsausbildung	0.5	0.7	0.4	0.3	0.5
Universität/Hochschule	1.2	1.6	0.7	0.9	0.8

1) Obligatorische Grundschule, Anlehre/angelernt, Diplommittelschule u. andere
Quelle: SAKE

Ein weiteres Indiz für allfällige strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt ist die Höhe und Zusammensetzung der Langzeitarbeitslosigkeit. Grafik 14 enthält die Entwicklung der Quote der Arbeitslosen, die über ein Jahr arbeitslos waren, gemessen am Total der Erwerbspersonen. Es zeigt sich, dass diese stark von der konjunkturellen Situation abhängt. In den

Jahren 2000/2001 lag sie zwar noch höher als 1991, war aber wieder auf ein relativ niedriges Niveau gefallen. Eine Betrachtung der Anteile der Arbeitslosen nach Dauerklassen (Tabelle 7) zeigt, dass nahezu zwei Drittel der Arbeitslosigkeit von 1.7-1.8% auf Personen entfiel, die höchstens 6 Monate arbeitslos waren. Dies spricht für eine allgemein hohe Rate des Abgangs aus der Arbeitslosigkeit.

Grafik 14: Quote der Langzeitarbeitslosen am Total der Erwerbspersonen (in %)



Quelle: Seco

Tabelle 7: Dauerklassen: Anteile am Total der Arbeitslosigkeit

Anteile am Total der
Arbeitslosigkeit

	1991	1997	2000	2001	2004
1 - 6 Monate	77%	43%	59%	65%	56%
7 - 12 Monate	18%	26%	21%	19%	25%
> 1 Jahr	4%	31%	20%	16%	19%

Quelle: Seco

Eine fehlende Berufsbildung und eine ausländische Nationalität erhöhen auch das Risiko, langfristig (über ein Jahr) arbeitslos zu bleiben; weitere Risikofaktoren sind nach einer Untersuchung von Sheldon (1999) eine eingeschränkte geografische Mobilität, ein fortgeschrittenes Alter, die Suche nach einer Teilzeitarbeit und der Abgang aus einer Berufslehre. Schliesslich scheint auch die Motivation eine Rolle zu spielen: Das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit nimmt mit der Zahl der eingestellten Taggeldauszahlungen bzw. mit der Schwere der individuellen Verfehlung (z.B. mangelnde Bemühung bei der Stellensuche) zu. Auch in der Untersuchung von Aeppli et al. (1998) zu den Merkmalen der Ausgesteuerten

sind die Qualifikation, die Nationalität und das Alter von Bedeutung; hinzu kommen das Geschlecht (Frauen) und der Zivilstand (verheiratet), was vermutlich mit dem Merkmal einer eingeschränkten geografischen Mobilität zusammenhängt. In einer Untersuchung von Flückiger et al. (1998) für den Kanton Genf wurde zudem für berufliche Wiedereinsteiger ein erhöhtes Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit festgestellt.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitslose im folgenden Monat eine Stelle finden, nimmt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ab, und zwar von 18% auf 6% innerhalb zweier Jahre (Sheldon 1999c). Es stellt sich die Frage, ob diesbezüglich ein kausaler Zusammenhang besteht, indem die Tatsache der Dauer der Arbeitslosigkeit selbst die Chancen einer Wiederbeschäftigung vermindert (negative Dauerabhängigkeit). Begründen liesse sich ein solcher Zusammenhang damit, dass berufliche Qualifikationen oder auch andere relevante Fähigkeiten mit der Zeit zusehends verloren gehen können. Dies hätte zur Konsequenz, dass die in konjunkturellen Schwächephasen längere Dauer der Arbeitslosigkeit (Tabelle 7) die Beschäftigungschancen der Betroffenen dauerhaft beeinträchtigt und es zu einer Verharrungstendenz (Hysterese) und somit zu einer höheren Sockelarbeitslosigkeit kommt. Die Gegenthese dazu besteht im oben erwähnten Selektionsprozess; Arbeitslose, die schon zu Beginn schlechte Vermittlungschancen haben, bleiben auch länger arbeitslos. Sheldon (1999c) kommt zum Ergebnis, dass der zweite Einfluss überwiegt, die Dauerabhängigkeit der Arbeitslosigkeit also gering ist.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist insofern ein unvollkommener Indikator für strukturelle Probleme, als die Dauer des Bezugs von Arbeitslosenentschädigung begrenzt ist. Bei Erreichen dieser Grenze werden die Arbeitslosen «ausgesteuert». Es stellt sich die Frage, ob die Ausgesteuerten nicht lediglich aus der statistischen Erfassung verschwinden.¹⁹

Sheldon (1999c) untersuchte auch den Verbleib von Abgängern aus der Arbeitslosigkeit. Im Zeitraum 1990–94 hatten 74% eine Erwerbstätigkeit im Anschluss an die Arbeitslosigkeit. Nach einem Jahr waren lediglich 8% noch ohne Arbeit. Allerdings war die Erwerbstätigkeit relativ häufig nicht von Dauer. Nach vier Jahren waren 10% der Abgänger wieder arbeitslos, 40% in der Nichterwerbstätigkeit. Besonders ausgeprägt waren das Risiko der Mehrfacharbeitslosigkeit sowie der Rückzug in die Nichterwerbstätigkeit bei den Langzeitarbeitslosen. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung war, dass eine Wiederbeschäftigung häufig mit einer Einkommenseinbusse verbunden war. Gleich im Anschluss an die Arbeitslosigkeit traf dies für einen Drittel, nach vier Jahren immer noch für

¹⁹ Nur ein Fünftel der im Jahr 1998 Ausgesteuerten die keine Arbeit fanden war nach einem Jahr noch bei einem Arbeitsamt als stellensuchend gemeldet (Curti/Fontaine 1999).

30% der Abgänger in eine Erwerbstätigkeit zu. Auch in dieser Beziehung sind die Langzeitarbeitslosen überdurchschnittlich betroffen.

Spezifisch auf die Ausgesteuerten ausgerichtet sind verschiedene Studien von Aeppli et al. (Aeppli 2000, Curti/Fontaine 1999, Aeppli et al.1998, Aeppli et al.1996). Die wichtigsten Ergebnisse der jüngsten Studie (Aeppli 2000), welche die Situation der im Jahr 1998 Ausgesteuerten im Oktober 1999 untersuchte, sind:

- 24% der Ausgesteuerten hatten eine feste Anstellung;
- 16% hatten eine Anstellung, aber keine feste;
- 4% waren in Beschäftigungsprogrammen;
- 6% waren selbständig erwerbstätig;
- 15% waren arbeitslos gemeldet;
- 33% waren sonst nicht-erwerbstätig, darunter:
 - etwa 18%, die nach einer Stelle suchten;
 - etwa 10%, die eine AHV- oder IV-Rente bezogen oder in Aussicht hatten;
 - etwa 6%, die sich sonst vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten.

Ein beträchtlicher Teil der Ausgesteuerten war also auch ein Jahr später noch entweder ohne Arbeit oder in einer prekären Arbeitssituation. 37% der Erwerbstätigen hatten eine Teilzeitstelle (davon 22% mit einem Pensum von höchstens 30%). Ein Viertel der Teilzeitbeschäftigten wünschte sich eine Vollzeitstelle. Ferner mussten über 50% derjenigen mit Arbeit eine Einkommenseinbusse gegenüber dem Stand vor der Arbeitslosigkeit erfahren. Dabei dürfte das Bild noch zu günstig ausgefallen sein, da von der ursprünglichen Zufallsstichprobe je etwa ein Viertel wegfiel, weil die betreffende Person keine der fünf Befragungssprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Serbokroatisch und Türkisch) sprach bzw. über keinen Telefon-Festnetzanschluss verfügte.

Die in dieser Studie festgestellten Risikofaktoren sind einmal mehr eine geringe Qualifikation bzw. das Ausführen von Hilfsarbeiten sowie ein fortgeschrittenes Alter. Hinzu kommt das Vorliegen von Unterhaltspflichten.

Djurdjevic (2005) führte eine Langzeitstudie über Personen, die Ende 1997 arbeitslos waren, bis zum August 2000 durch. Dabei findet sie Ähnlichkeiten zwischen Langzeitarbeitslosen und solchen mit multiplen Arbeitslosigkeitsphasen hinsichtlich der Schwierigkeit einer erfolgreichen Reintegration in den Arbeitsmarkt. Sie identifiziert zwei Gruppen, eine mit guten und eine grössere mit schlechten Wiederbeschäftigungschancen (Lohneinbussen,

wiederholte Arbeitslosigkeit). Eine Dauerstelle nach einmaliger Arbeitslosigkeit fanden 33%. Ca. 12% fanden den Weg zurück in den Arbeitsmarkt überhaupt nicht. Der Rest (55%) wies (zum Teil mehrmalige) Wechsel zwischen einer Beschäftigung, erneuter Arbeitslosigkeit und/oder Phasen des Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt auf. Ein erhöhtes Beschäftigungsrisiko stellt auch sie bei Frauen, Älteren, Ausländern, Niedrigqualifizierten und Unmotivierten fest, wobei als Hauptrisiken für eine Wiederbeschäftigung die Nationalität und eine geringe Qualifikation identifiziert wurden.

Abschliessend bleibt daran zu erinnern, dass in den erwähnten Studien alle diejenigen Personen keine Berücksichtigung fanden, die sich bei Stellenverlust bzw. bei einem erfolglosen Eintritt in den Arbeitsmarkt (Junge, Wiedereinsteigerinnen) nicht beim Arbeitsamt gemeldet hatten.

9. Zusammenfassende Interpretation

Nach einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung in den 1980er Jahren, kam es in den 1990er Jahren zu einer markanten Verschlechterung auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (BIP) stagnierte bis 1997 ungefähr. Gleichzeitig beschleunigte sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität, d.h. eine gleich bleibende Produktion konnte mit immer weniger Beschäftigten bewältigt werden. Die Beschäftigung ging deshalb bis 1997 kräftig zurück und erreichte auch in der nachfolgenden Erholung bis 2001 den Stand von 1990 nicht mehr. Parallel dazu stieg die Erwerbsbevölkerung vorwiegend einwanderungsbedingt weiter an. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich in der Folge auf einen historischen Höchststand von 4.8% im Jahr 1997. Bis 2001 ging sie dann wieder merklich zurück, blieb mit einer Quote von 1.7% aber höher als in früheren Phasen mit günstiger Konjunktur.

Vor diesem Hintergrund wurden in der öffentlichen Diskussion zwei Befürchtungen laut: Zum einen wurde vermutet, dass es zwischen der Produktion und der Beschäftigung zu einer Entkoppelung gekommen sei, das Wirtschaftswachstum also keine Erhöhung der Arbeitsplätze mehr bringen würde («jobloses» Wachstum). Zum andern wurde vermutet, dass die Arbeitslosigkeit einen treppenartigen Anstieg aufweisen und die im konjunkturellen Höhepunkt verbleibende «Sockelarbeitslosigkeit» also ein immer grösseres Ausmass annehmen würde. Diese Untersuchung ging der Frage nach, inwiefern diese Befürchtungen eine Berechtigung haben.

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem BIP und der Beschäftigung führte zum Ergebnis, dass die Beschäftigung über den ganzen Zeitraum auf Veränderungen des BIP reagierte. Die (negative) Reaktion auf die Konjunkturschwäche in den 1990er Jahren fiel stärker aus als in früheren Rezessionen. Offenbar kam es zu einer spürbaren Erhöhung des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Als Grund dafür kann eine Zunahme von Rationalisierungsinvestitionen angeführt werden, u.a. wegen niedrigerer Kosten für Investitionsgüter. Die (preisbereinigte) BIP-Wachstumsrate, die notwendig ist, um eine positive Veränderung der Beschäftigung zu bewirken («Beschäftigungsschwelle»), wurde für die 1990er Jahre auf knapp 1.8% geschätzt. Seit 2000 ist die Arbeitsproduktivität wieder auf einen niedrigeren Pfad eingeschwenkt, wobei es für eine verlässliche Aussage über den längerfristigen Trend noch zu früh ist. Wird in Rechnung gestellt, dass die erwerbsfähige Bevölkerung derzeit um schätzungsweise 0.7% jährlich zunimmt und ein Teil eines Beschäftigungszuwachses durch nichtständige ausländische Erwerbstätige (Grenzgänger, Kurzaufenthalter) abgedeckt wird, braucht es bei der geschätzten Beschäftigungsschwelle

ein BIP-Wachstum von (preisbereinigt) über 2%, um das Arbeitsmarktgleichgewicht zu vermindern.

Eine Verminderung des Arbeitsmarktgleichgewichts führt nur solange zu einer entsprechenden Abnahme der Arbeitslosigkeit, bis der «Sockel» erreicht ist, der auch bei günstiger Konjunkturlage bestehen bleibt. Dieser wird bestimmt durch die Zeit, die notwendig ist, um eine Stelle zu finden («friktionelle» Sucharbeitslosigkeit) sowie durch Diskrepanzen zwischen den Merkmalsprofilen von Arbeitssuchenden einerseits und offenen Stellen andererseits und durch allfällige Arbeitsmarkttrigiditäten («strukturelle» Arbeitslosigkeit). Schätzungen der Höhe dieses Sockels gehen weit auseinander und neigen dazu, dem Verlauf der beobachteten Arbeitslosigkeit zu folgen. Vor dem Hintergrund der Erfahrung in den Jahren 2000/2001 erscheint ein Wert von etwa 1.5% (ca. 60 000 registrierte Arbeitslose) nicht unrealistisch zu sein. Ein länger anhaltender Konjunkturaufschwung könnte ihn aber noch reduzieren. Dass die Sockelarbeitslosigkeit höher ist als in früheren Jahren, hängt einerseits damit zusammen, dass Arbeitslosigkeit mit der Einführung des Obligatoriums und dem Leistungsausbau bei der Arbeitslosenversicherung sichtbarer geworden ist. Andererseits dürften dafür aber auch Entwicklungen auf Seite der Personalpolitik der Unternehmen (strengere Selektion, flexiblere Arbeitsverhältnisse usw.) sowie gewisse Aspekte der strukturellen Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung verantwortlich sein.

Generell scheinen die strukturellen Probleme auf dem Schweizer Arbeitsmarkt eher gering und die Anpassungsflexibilität hoch zu sein. Die wachsenden Qualitätsanforderungen der Arbeitswelt gehen mit einer stetig besser ausgebildeten Erwerbsbevölkerung einher, und verbreitete Berufswechsel erleichtern den Wandel der Branchenstruktur, namentlich von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Beschäftigungsprobleme scheinen allerdings bei Erwerbepersonen zu bestehen, die über keine berufliche Ausbildung verfügen, vor allem wenn sie eine ausländische Herkunft haben und noch besonders ausgeprägt bei Frauen. Zum Teil sind hier auch Diskriminierungsmechanismen im Spiel, die auf Segmentierungstendenzen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt hindeuten. Ältere Erwerbepersonen haben kein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als im Durchschnitt; sind sie aber einmal arbeitslos geworden, ist es für sie deutlich schwieriger, wieder eine Erwerbsarbeit zu finden.

Trotz des Ausbaus der Arbeitslosenversicherung seit Mitte der 1970er Jahre ist nicht die gesamte Unterbeschäftigung in der Statistik sichtbar, einerseits weil sich immer noch nicht alle Betroffenen beim Arbeitsamt melden (z.B. Neu- oder Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger in den Arbeitsmarkt), andererseits weil die Bezugsfrist der Arbeitslosenentschädigung zeitlich beschränkt ist und die Bezüger danach ausgesteuert

werden. Ein Vergleich zwischen der Entwicklung der im Unternehmenssektor statistisch erfassten Beschäftigung und der Erwerbsbevölkerung lässt vermuten, dass sich eine beträchtliche Anzahl Erwerbspersonen aus dem Arbeitsprozess «zurückgezogen» hat. Dabei dürfte es sich u.a. um einen Teil der Ausgesteuerten, um Jugendliche in Warteschlangen und um (Früh-)Pensionierte handeln. Inwiefern ein solcher «Rückzug» freiwillig erfolgte oder durch den Mangel an Arbeitsgelegenheiten erzwungen wurde, lässt sich schwer feststellen. Bei einem Teil handelt es sich um die wachsende Zahl von Personen, die bei der Invalidenversicherung oder der Sozialhilfe gelandet sind.

Eine aktuelle Untersuchung zum Verbleib der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit stellt fest, dass nur etwa ein Drittel wieder eine Dauerstelle findet. Etwa 12% fanden überhaupt nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurück. Der Rest (55%) wies (zum Teil mehrmalige) Wechsel zwischen einer Beschäftigung, erneuter Arbeitslosigkeit und/oder Phasen des Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt auf; falls eine Beschäftigung gefunden wurde, handelte es sich also offenbar um eine prekäre – häufig verbunden mit einer Einkommenseinbusse.

Die auf Haushaltsbefragungen basierende Erwerbstätigenstatistik vermittelt ein anderes Bild der Beschäftigungssituation als die Erhebung bei den Unternehmen: Nach der Erwerbstätigenstatistik ist die Zahl der Personen mit einer Erwerbstätigkeit höher und das Ausmass des «Rückzugs» wesentlich kleiner. Über die Gründe dieser Diskrepanz lässt sich nur mutmassen, und über die Art der Arbeitsverhältnisse der Personen, die in der Haushaltsbefragung eine Erwerbstätigkeit angeben, in der Unternehmensstatistik aber nicht auftauchen, ist nichts bekannt. Möglicherweise handelt es sich mindestens teilweise um die erwähnten irregulären und prekären Arbeitsverhältnisse.

10. Anhang 1: Erläuterungen zu den Daten

Beschäftigte gemäss BESTA oder ETS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) publiziert zwei Statistiken zur Beschäftigung: Die Beschäftigungsstatistik (BESTA) und die Erwerbstätigenstatistik (ETS). Von 1980 bis 1991 war der Verlauf dieser beiden Zeitreihen praktisch gleich; dabei lag das Niveau gemäss ETS stets um rund 4% höher, was u.a. darauf zurückgeht, dass die ETS, im Gegensatz zur BESTA, die landwirtschaftliche Beschäftigung berücksichtigt. 1992 wurde die ETS auf die Erwerbstätigen mit weniger als sechs Wochenstunden ausgedehnt, was zu einer Zunahme um 190 000 Einheiten (4.6%) führte. Seither klafft die *Entwicklung* von ETS und BESTA aber zunehmend auseinander. Zwischen 1992 und 2004 nahm die Beschäftigung gemäss BESTA um 21 000 Einheiten ab (-0.6%), gemäss ETS stieg sie um 163 000 (4.1%); die Differenz zwischen den beiden Reihen nahm somit um insgesamt 184 000 Einheiten zu. Die Diskrepanz zwischen BESTA und ETS ist (von der Landwirtschaft abgesehen) vor allem im Dienstleistungssektor (Sektor 3) ausgeprägt. Neben einem trendmässigen Anstieg weist sie auch ein deutliches konjunkturelles Muster auf: Während der konjunkturellen Schwächephase der 1990er Jahre nahm sie bis 1998 zu, im Laufe der wirtschaftlichen Erholung verringerte sie sich bis im Jahr 2000, und mit der Rezession Anfang dieses Jahrzehnts stieg sie ab 2001 wieder an.

Die Niveauunterschiede zwischen den beiden Statistiken lassen sich zu einem grossen Teil damit erklären, dass a) die BESTA Doppelzählungen enthält und b) die ETS neben der Landwirtschaft auch noch andere Kategorien von Erwerbstätigen erfasst, welche in der BESTA nicht enthalten sind (BFS 2005). Bei diesen handelt es sich um:

- Erwerbstätige mit lediglich 1 bis 5 Arbeitsstunden pro Woche;
- Erwerbstätige die nicht in registrierten Betriebsstätten beschäftigt sind (z.B. Angestellte in Privathaushalten oder in Betrieben mit weniger als 20 Stunden Wochenarbeitszeit).

Die Unterschiede bei der hier vor allem interessierenden Entwicklung im Zeitablauf sind jedoch ungeklärt. Diese fallen vor allem im Zeitraum 1992 bis 1997 deutlich ins Gewicht. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Quelle der Unterschiede zwischen den beiden Statistiken:

Tabelle A1: Differenzen zwischen BESTA und ETS

	1992–1997 Veränderung in 1000 Personen
BESTA (korrigiert um Doppelzählungen)	-232
ETS	- 56
Differenz zwischen BESTA und ETS	-176
Erklärte Differenzen (von BESTA nicht erfasste Arbeitsverhältnisse)	- 9
Unerklärte Differenz zwischen BESTA und ETS	-185

Auf der Basis verschiedener Analysen kommt die KOF zum Schluss, dass die BESTA besser geeignet ist, die konjunkturelle Dynamik auf dem Arbeitsmarkt abzubilden (Abrahamsen et al. 2005, Aeppli 2005).

Arbeitslose gemäss Seco oder SAKE

Die Statistik des Seco weist die bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen bzw. Stellensuchenden aus. Der Anreiz, sich bei einem Arbeitsamt zu melden, besteht vor allem darin, dass dies die Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenentschädigung ist. Besteht keine Bezugsberechtigung oder ist diese ausgeschöpft, werden sich diejenigen Arbeitslosen nicht mehr beim Arbeitsamt melden, die sich davon keine Chancen auf eine Stelle versprechen. Die Angaben zur Erwerbslosigkeit gemäss SAKE stammen aus einer jährlichen Haushaltsbefragung. Als erwerbslos gilt eine Person die a) in der Woche der Befragung keine Erwerbsarbeit hatte, b) in den vorangegangenen vier Wochen auf Arbeitssuche war und c) innert kurzer Zeit (innerhalb der vier folgenden Wochen) mit einer Arbeit beginnen könnte (s. Buhmann 2000). Die beiden Konzepte überschneiden sich nur teilweise. Es gibt sowohl Erwerbslose, die nicht bei einem Arbeitsamt registriert sind, als auch Personen, die bei einem Arbeitsamt angemeldet sind, aber nach der Definition der SAKE nicht als erwerbslos gelten, z.B. weil sie eine geringfügige Erwerbstätigkeit angeben (nach der SAKE gilt eine Person schon bei einer einzigen Arbeitsstunde als erwerbstätig). Die SAKE erfasst also einen Teil der nicht in der Seco-Statistik erfassten Arbeitslosen, schliesst aber auch wieder Personen aus, die nach vernünftigem Ermessen als arbeitslos gelten würden. Die Erwerbslosen, welche die regelmässige Stellensuche aufgegeben haben und keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung geltend machen können, sind allerdings mit grosser Wahrscheinlichkeit weder in der einen noch in der anderen Statistik enthalten.

11. Anhang 2: Ökonometrische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen BIP und Beschäftigung

Geschätzt wurde die folgende Gleichung:

$$\dot{L} = \alpha + \beta \dot{Y}$$

mit \dot{L} als Wachstum der Beschäftigung, α als Beschäftigungsschwelle, β als Anpassungskoeffizient (Okun-Koeffizient) und \dot{Y} als BIP-Wachstum. $|\alpha|$ ist das BIP-Wachstum, welches unter Vernachlässigung von zeitlichen Anpassungsprozessen erforderlich ist, damit die Beschäftigung konstant bleibt. Ist das Wachstum höher als $|\alpha|$, nimmt die Beschäftigung tendenziell zu, ist es geringer, geht die Beschäftigung zurück.

Eine erste Schätzung erfolgte über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1980 bis 2004.²⁰ Dabei zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen dem BIP- und dem Beschäftigungswachstum nicht stabil ist. In den 1990er Jahren war das Wachstum der Arbeitsproduktivität tendenziell höher als in den 1980er Jahren.

Wird die Untersuchung auf den Zeitraum von 1990 bis 1999 eingeschränkt, führt die Schätzung zu stabilen Ergebnissen. Die Hypothese des «joblosen Wachstums» kann auf dem 1%-Niveau verworfen werden (t-Wert für C(2): 8.82). Dabei zeigt sich, dass das Wachstum der Beschäftigung nicht nur von der laufenden BIP-Entwicklung (GDPINST²¹), sondern auch vom BIP-Wachstum der Vorperiode abhängt (GDP(-1)). Das BIP des laufenden Jahres geht mit einem Gewicht von 0.3 (C(2)x C(3)), dasjenige des vergangenen Jahres mit einem Gewicht von 0.7 (1-C(3)) als Erklärungsvariable in die Gleichung ein. Die Beschäftigungsschwelle $|\alpha|$ beträgt 1.76% (-C(1)), d. h. über den Zeitraum von 1990 bis 1999 war tendenziell ein BIP-Wachstum in mindestens dieser Grössenordnung erforderlich, damit die Beschäftigung, gemessen an Vollzeitäquivalenten, zunahm.

²⁰ Eine Schwierigkeit, welche es im Rahmen dieser Schätzung zu bewältigen gilt, ist, dass nicht nur die Beschäftigung vom BIP, sondern umgekehrt auch das BIP von der Beschäftigung abhängig ist (sog. Endogenitätsproblematik), indem die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf der Grundlage ihres Arbeitsverdienstes auch wieder Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entfalten. Die Gleichung wird deshalb mit einem sog. zweistufigen Instrumentenverfahren geschätzt. In einem ersten Schritt werden Erklärungsvariablen für das Schweizer BIP-Wachstum gesucht, welche von der Beschäftigungsentwicklung in der Schweiz unabhängig sind. Diese werden auf das Schweizer BIP regressiert. Die so erhaltene Schätzung substituiert nun die Variable \dot{Y} in der Schätzgleichung oben, wodurch unverzerrte Schätzer für α und β resultieren.

²¹ GDPINST ist eine Instrumentenschätzung für das Schweizer BIP. Als Erklärungsvariablen gehen das BIP der USA, der EU sowie Japans, der nominale Wechselkurs, der deutsche Langfrist-

Schätzergebnisse:

Sample: 1990 1999				
@PCHY(LTOTV)=C(1)+C(2)*(C(3)*@PCHY(GDPINST)+(1-C(3))*@PCHY(GDP(-1)))				
	Coefficient	Std. Error	t-Statistic	Prob.
C(1)	-0.017593	0.001892	-9.298185	0.0000
C(2)	0.980138	0.111165	8.816964	0.0000
C(3)	0.304886	0.096276	3.166789	0.0158
R-squared	0.936457	Mean dependent var		-0.004853
Adjusted R-squared	0.918302	S.D. dependent var		0.014996
S.E. of regression	0.004286	Akaike info criterion		-7.823497
Sum squared resid	0.000129	Schwarz criterion		-7.732721
Log likelihood	42.11748	Durbin-Watson stat		1.924131

@PCHY = Vorjahresveränderung in Prozent

LTOTV = Vollzeitäquivalente Beschäftigung

GDPINST = BIP gemäss Instrumentenschätzung (s. Fussnote 24)

GDP(-1) = BIP der Vorperiode

C(1) = Konstante (autonomer Trend)

C(2) = Elastizität der Beschäftigung bezüglich des BIP

C(3), 1-C(3) = Gewicht des laufenden BIP bzw. des BIP des Vorjahres

zinssatz sowie das verzögerte Schweizer BIP in die Gleichung ein. Die Lags dieser Variablen wurden so bestimmt, dass das Akaike- resp. Schwarz-Kriterium minimal war.

12. Literatur

- Abrahamsen, Y., Hartwig, J. und B. Schips (2005): Die Kontroverse um den Produktivitätsfortschritt in der Schweiz nähert sich ihrem Ende, *Konjunktur*, 68(11), A3–A18.
- Aeppli, D.C., Hoffmann, B. und R. Theiss (1998): *Ausgesteuerte in der Schweiz: Ein Situationsbericht*, Paul Haupt, Bern.
- Aeppli, R. (2005): Welches ist die «richtige» Arbeitsmarktstatistik für die Konjunkturbeobachtung?, *Konjunktur*, 68(9), A3–A11.
- Birchmeier, U. (2000): Wachsende Bedeutung der selbständigen Erwerbstätigkeit in der Schweiz, *Die Volkswirtschaft*, 10, 52–56.
- BFS (2005): *Erwerbstätigen- und Beschäftigungsstatistik, 4. Quartal 2004*, Neuchâtel.
- BFS (2004): *Arbeitsmarktindikatoren 2004*, Neuchâtel.
- Buhmann, B. (2000): Arbeitsmarkt, Erwerbsleben, in: Bohley, P., Jans, A. und C. Malaguerra (Hrsg.): *Wirtschafts- und Sozialstatistik der Schweiz, Eine Einführung*, Paul Haupt, Bern.
- Curti, M. und P. Fontaine (1999): Aussteuerung: eine komplexe Realität, *Die Volkswirtschaft*, 72 (10), 60–65.
- de Coulon, A. et Y. Flückiger (2000): Analyses économique de l'intégration de la population étrangère sur le marché suisse du travail, in: P. Centlivres et I. Girod: *Les Défis migratoires*, Seismo, Zürich.
- Djurdjevic, D. (2005): Unemployment and Under-Employment: The Case of Switzerland, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 141 (1), 23–70.
- Dorn, D. und A. Sousa-Poza (2005): The Determinants of Early Retirement in Switzerland, *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 141 (2), 247–283.
- Flückiger, Y. (2000): Folgen des aktuellen Wandels der Arbeit, in: Suter, C. (Hrsg.): *Sozialbericht 2000*, Seismo, Zürich, 52–73.
- Flückiger, Y. (1999): *Marché du Travail et Assurance Chomage*, in: Kommission für Konjunkturfragen (KfK): *Liberales wirtschaftspolitisches Konzept*, Materialienband, Bern.
- Flückiger, Y., Silber, J. et J.-M. Falter (1998): *Analyse statistique de la population au chômage et des chômeurs en fin de droit à Genève*, Rapport de l'OUE N° 7.
- Frick, A. und F. Schmidbauer (1999): Auswirkungen der bilateralen Verträge mit der EU auf die Arbeitslosenversicherung (ALV) und Massnahmen zu ihrer Begrenzung, *BWA-Schriftenreihe: Beiträge zur Arbeitsmarktpolitik*, Nr. 13, Bern, http://www.kof.ethz.ch/pdf/EU_ALV.pdf.
- Frick, A. und A. Wirz (2006): Wirksamkeit der Kurzarbeitsregelung in der Rezession 2001-2003. Analyse anhand von Firmendaten aus der schweizerischen Industrie für die

- Rezession 2001-2003, Untersuchung im Auftrag des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco), Bern, www.seco.admin.ch/publikationen/veroeffentlichungsreihen/index.html.
- Golder, S. M. (1998): Migration und Arbeitsmarkt, Peter Lang, Frankfurt/M.
- Lampart, D. (2006): Schweizer Konjunkturpolitik 1988 bis 1996, Dissertation, Universität Zürich (im Erscheinen).
- Marti, M., Osterwald, S. und A. Müller (ECOPLAN) (2003): Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz, Seco Publikation Arbeitsmarktpolitik, No. 9, Bern.
- OECD (2000): The Concept, Policy Use and Measurement of Structural Unemployment: Estimating a Time Varying NAIRU across 21 OECD Countries, Economics Department Working Papers, No. 250.
- OECD (1996): Die Arbeitsmarktpolitik der Schweiz, deutsche Übersetzung der OECD-Studie «Politiques du marché de travail en Suisse», Beiträge zur Arbeitsmarktpolitik Nr. 7, Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit, Bern.
- OECD (1995): Supplementary Measures of Labour Market Slack, Employment Outlook, July, 43–97.
- Puhani, P.A. (2005): Relative Supply and Demand for Skills in Switzerland, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 141 (4), 555–584.
- Puhani, P. A. (2003): Relative Demand Shocks and Relative Wage Rigidities During the Rise and Fall of Swiss Unemployment, *Kyklos*, 56, 541–562.
- Sacchi, S., Salvisberg, A. and M. Buchmann (2005): Long-Term Dynamics of Skill Demand in Switzerland, 1950–2000, in: Kriesi, H., Farago, P., Kohli, M. and M. Zarin-Nejadan (eds.): Contemporary Switzerland, Revisiting the Special Case, Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York.
- Seco et al. (2005): Staatssekretariat für Wirtschaft, Bundesamt für Migration und Bundesamt für Statistik: Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Eine erste Bilanz, Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-Europäische Union für die Periode vom 1. Juni 2002 bis 31. Dezember 2004, Bern.
- Sheldon, G. (2006): Die Arbeitsmarktlage in der Schweiz, Glaube & Wirtschaft, Interkonnessionelle Informationsstelle, Fribourg.
- Sheldon, G. (2005): Der berufsstrukturelle Wandel der Beschäftigung in der Schweiz 1970-2000, BFS, Neuchâtel.
- Sheldon, G. (2001): Foreign labour employment in Switzerland: Less is not more, FAI, Basel.
- Sheldon, G. (1999a): Arbeitsmarkt, Arbeitslosenversicherung, in: Kommission für Konjunkturfragen (KfK): Liberales wirtschaftspolitisches Konzept, Materialienband, Bern.
- Sheldon, G. (1999b): Beschäftigungsorientierte Optionen der Schweizer Arbeitsmarktpolitik, FAI, Basel.

- Sheldon, G. (1999c): Die Langzeitarbeitslosigkeit in der Schweiz. Diagnose und Therapie, Paul Haupt, Bern.
- Stalder, P. (1997): Unemployment in Switzerland: Lost Paradise or Better coverage?, Paper presented at the International Symposium on Economic Modelling, European Economics and Financial Centre, London, July 23–25.
- Suter, C. (Hrsg.): Sozialbericht 2000, Seismo, Zürich.
- Weber, B. A. (2001): Arbeitslosigkeit in der Schweiz: Was passierte in den Neunzigerjahren?, Die Volkswirtschaft, 74 (6), 4–9.
- Werner, H. und I. König (2001): Integraton ausländischer Arbeitnehmer in die Arbeitsmärkte der EU-Länder, IAB Werkstattbericht, Diskussionsbeiträge des IAB, Nr. 10 vom 21.8.2001, Nürnberg.
- Zanetti, A. (1998): Strukturelle Arbeitslosigkeit und Inflation in der Schweiz, SNB Quartalsheft, Nr. 2, 45–56.
- Zerche, J., Schönig, W. und D. Klingenberger (2000): Arbeitsmarktpolitik und -theorie, Oldenbourg, München/Wien.

13. Abkürzungen

BESTA	Beschäftigungsstatistik
BFS	Bundesamt für Statistik
BIP	Bruttoinlandprodukt (= volkswirtschaftliche Wertschöpfung)
ETS	Erwerbstätigenstatistik
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
Seco	Staatssekretariat für Wirtschaft